

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 65.

Donnerstag, den 17. März 1904

11. Jahrg.

Stier zu einer Saltsage

## Mukland und Japan.

Wie die „Russ. Teleg.-Agentur“ aus Port Arthur sich drängen läßt, ist im vorliegenden Raport alles ruhig. Auch vom Kriegsschauplatz zu Lande liegen keine Meldungen vor. Offenbar beschränkt man sich doch lediglich auf Erkundungen. Was sonst noch an Nachrichten vorliegt, betrifft fast nur nähere Einzelheiten über den letzten Kampf am vorigen Donnerstag. Der „Daily Mail“-Korrespondent berichtet aus Tschifu, er sei am Sonnabend früh Morgens mit seinem Depeschensboot ganz nahe an Port Arthur hingefahren. Er sah das erste Fort anscheinend unbeschädigt, die Kanonen desselben waren in Position. Das zweite, das Kantseijang- oder Brodhügelfort auf dem Gipfel des Hügels auf der westlichen Seite, etwa dreiviertel englische Meilen von der Einfahrt des Hafens, schien dagegen unter dem Feuer der Japaner furchtbar gelitten zu haben. Die Erdwerke waren aufgerissen und es waren keine Kanonen sichtbar. In die Forts auf der Tigerschwanz genannten Halbinsel, welche den Westhafen gegen die See schützt, waren offenbar viele Geschosse gefallen. Von den Befestigungen auf dem Huangschinshan oder goldenen Berge war wegen der dahinstehenden Rauchwolken wenig zu sehen. Derselbe von der Einfahrt des Hafens hinter dem „Re-wisan“ noch die Reste eines gesunkenen Schiffes sichtbar, eine Anzahl Torpedojäger lag einige Meter weit im Hafen einwärts, schienen aber nicht unter Dampf zu sein. Die Häuser des alten Hauptteils von Port Arthur schienen, soweit man es erkennen konnte, unbeschädigt zu sein, aber keine Spur von Leben sah man und keine wehende Flagge. Derselbe von der Stadt lagen die neu gebauten Kasernen, aber kein Soldat war sichtbar. Der englische Kohlendampfer „Foxen Hall“ kam aus dem Hafen heraus und die chinesische Mannschaft erzählt, während des japanischen Bombardements am Donnerstag seien die Forts zum Schweigen gebracht, alle Einwohner mit Ausnahme des Militärs seien ermordet. Die Chinesen behaupten, nur sieben russische Schiffe seien noch kampffähig. Die Verwundeten, die in Saseho angekommen sind, rühmen einstimmig das verzweifelte und heroische Vorgehen der Russen. Sie erzählen, als die Japaner mit dem russischen Torpedobootzerführer „Steregutschik“ handgemein wurden, sprang ein japanischer Matrose an Bord, und traf auf den russischen Kommandanten, der gerade aus seiner Kajüte heraustrat. Sie gingen aufeinander los und der Japaner schlug dem Russen mit seinem Entermesser so über den Kopf, daß dieser zu Boden fiel. Der Kommandant versuchte, sich wieder zu erheben, aber der Japaner ließ ihn über Bord. Die Japaner berichten, daß auf zwei der russischen Torpedobootzerführer 20 Tote waren. Die sich hartnäckig erhaltenden Gerüchte, daß die russische Flotte Port Arthur nach dem Gefecht am 10. März verlassen hätte mit der Absicht, Wladiwostok zu erreichen und eine Vereinigung mit dem Panzer-Kreuzergeschwader zu bewirken, sind, wie aus Tokio durch „Reuters Bureau“ gemeldet wird, gänzlich unbestätigt, obgleich durch Retrospektiven in der Nachbarschaft von Port Arthur die Anwesenheit der russischen Schiffe nicht bemerkt werden konnte.

Ein aus Port Arthur in Mutschwang angekommener Fremder berichtet, daß bei einem kurzen Gefecht, das am Sonntag stattfand, der russische Kreuzer „Diana“ die japanische Flotte beschädigt habe; es seien im Ganzen aber nur 20 bis 30 Granaten geworfen worden. Wie aus Mutschwang der „Daily Mail“ weiter noch gemeldet wird, haben die Russen ihren Feldzugsplan vollständig geändert, seit die Japaner ihre Seerfolge nicht mit jener Energie auszunutzen, die sie bei ihren Aktionen zu Lande an den Tag legen und so den Russen Zeit gaben, Verstärkungen vorzuschieben. Nur der Mangel an Proviant biete ein Hindernis für große Truppenmassen. Die Truppen, die nach dem Süden geschickt wurden, hätten bereits an Nahrungsmangel zu leiden.

Wie die „Berl. Btg.“ erfahren haben will, überreichte die russische Botschaft in Berlin Dienstag der deutschen Regierung eine offizielle Note, in der sie mitteilt, daß die Alineenlegung um die Halbinsel Kwantung vom Admiral Makaroff vollendet sei. Die Schiffe sämtlicher Nationen müssen in einem Abstand von fünf Meilen von der Demarkationslinie, falls sie in Port Arthur oder in irgend einem anderen auf der Halbinsel liegenden Hafen landen wollen, ihre Nationalflagge hissen. Nach Verständigung durch Flaggen Signale werden dann die Schiffe, vorausgesetzt, daß sie keine Kriegskontrebande an Bord haben, nach dem gewünschten Hafen durch russische Lotsen überführt.

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet aus Petersburg: Ein hiesiges Finanzblatt meldet, eine internationale Finanzgruppe hat sich der russischen Regierung gegenüber angeheißigt gemacht, eine Milliarde Francs für Kriegszwecke unter der Bedingung zu

verschaffen, daß die Rückzahlung nach dem Kriege in Form einer konsolidierten Anleihe erfolge. Diese Anleihe soll aber nur im Falle der Erschöpfung der für den Krieg vorhandenen Mittel aufgenommen werden, was erst nach langer Zeit eintreten könne.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 15. März 1904.

### Immer noch Militäretat.

Der Reichstag führte heute die Spezialberatung des Militäretats weiter. Der erste lebhafteste Zusammenstoß mit der Rechten erfolgte beim Kapitel „Friedebeschaffung“. In bekannter Bescheidenheit forderten die ostelbischen Junker, daß die Militärverwaltung ihnen ihre Pferde nicht zu den Marktpreisen, sondern zu einem höheren Preise abkaufe. Der konservativere Antragsteller Rogalla v. Bieberstein gab mit bemerkenswerter Offenheit zu, daß er an dieser Frage persönlich interessiert sei. Trotzdem leitete ihn „natürlich“ nicht etwa das persönliche Interesse, sondern nur der Patriotismus, die Rückzahl der Pferdebeschaffung der Armee im Kriegsfall. Der Mehrheit des Reichstages ging diese agrarische Forderung denn doch zu weit; sie wurde gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgewiesen. Abg. Gothein von der Freisinnigen Vereinigung hielt bei dieser Gelegenheit den Herren von der Rechten vor, daß sie bei jeder unpassenden Gelegenheit ihrer Sehnsucht nach der Kündigung der Handelsverträge Ausdruck geben und damit die Geschäfte des Hauses aufhielten. So berechtigt diese Mahnung auch ist, Erfolg wird sie nicht viel haben. — Morgen stehen die angekündigten Wahlprüfungen auf der Tagesordnung. Die Wahl von Dr. Heinrich Braun befindet sich aber nicht darunter, da der schriftliche Bericht des Berichterstatters der Wahlprüfungs-Kommission, des Abg. v. Dergen, noch nicht vorliegt.

58. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Einem. Die 2. Lesung des Reichshaushaltsetats (Militäretat) wird beim Kapitel „Friedebeschaffung“ fortgesetzt. Dazu liegt eine Resolution Rogalla v. Bieberstein (R.) vor, die zur Förderung der Zucht von Remontepferden eine Erhöhung der Remonte-Ankaufspreise empfiehlt.

Rogalla v. Bieberstein (R.) begründet die Interpellation. Das ostpreussische Pferd ist das beste Kavalleriepferd der Welt. Groß- und Kleingrundbesitz sind an der Pferdezucht in gleichem Maße interessiert. Erfolgt nicht eine rasche und ausreichende Erhöhung des Ankaufspreises, so wird die Landwirtschaft sich gänzlich von der Pferdezucht abwenden, und die Heeresverwaltung und die Staatskasse werden den Schaden davon haben. (Bravol rechts.)

v. Treuenfels (R.): Ich stehe vollkommen auf dem Boden der Resolution. Bedauerlich ist, daß der Reichstag in unangebrachtem Vertrauen auf den Bundesrat im Zolltarif nicht die Bindung der Viehhölle angenommen hat; die Folge ist, daß die heimische Pferdezucht unter der Konkurrenz minderwertiger ausländischer Pferde schwer leidet. (Sehr richtig! rechts.) Eine ganz ungläubliche Maßregel ist es, daß die Heeresverwaltung für den Herero-Austausch Pferde aus Argentinien beschafft hat. Bei dem Krieg in Ostafrika ist der Transport einheimischer Pferde nach dem Kriegsschauplatz sehr gut von statten gegangen. Es kam sogar ein Pferd mehr an, als in Deutschland eingeschiffert wurde. (Dr. Heiterkeit.) — Ich bedaure, daß Herr Bachnick nicht anwesend ist. Dieser Herr hat bei der letzten Wahlagitiation den Bauern gesagt: „Ja, zu Euch kommen die Offiziere nicht Pferde kaufen, die gehen nach den großen Gütern, da wird ja auch gut gefrühstückt.“ Wenn deutsche Offiziere soweit wären, daß sie einem guten Braten nachließen, dann wären wir allerdings bei den „Erstklassigen Menschen“ des Grafen Baudissin angelangt. Wenn es sich nicht um ein Mitglied dieses Hauses handelte, dann würde ich einen solchen Anspruch als eine gewissenlose Verheerung bezeichnen.

Brä. Graf Ballerem: Selbst in der Umschreibung (Heiterkeit) ist eine solche Aeußerung in bezug auf ein Mitglied dieses Hauses nicht zulässig.

v. Treuenfels (fort.): Ich bedaure es tief, daß ein Mitglied einer Ordnungspartei eine derartige Agitation treibt. (Beif. rechts.)

Graf Kanitz (R.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an.

Generalmajor Sirt von Arnim: Die Militärverwaltung steht den Anregungen der Vorredner sympathisch gegenüber. Das argentinische Gebirgspferd ist seinerzeit für Afrika angenommen auf Grund militärischer Sachverständiger-Gutachten. Neuerdings werden auch in Afrika Versuche mit deutschen Pferden gemacht.

Gothein (Fp.): Ich bedaure, daß Herr v. Treuenfels, trotzdem mein Freund Dr. Bachnick durch schwere Krankheit von den Verhandlungen des Hauses ferngehalten wird, den Moment für gekommen erachtet hat, einen so schweren Angriff gegen ihn zu richten. Herr Bachnick wird hoffentlich bei der dritten Lesung in der Lage sein, selbst die Sache klarzustellen. — Die Herren der Rechten

möchte ich doch eruchen, nicht immer bei allen möglichen Gelegenheiten, wo der Zusammenhang nur ein ganz loser ist, die Fragen der Zollpolitik zu berühren. Mit der Erhöhung der Remontepreise hat die Zollpolitik jedenfalls nichts zu tun. Wir haben eventuell gar nichts dagegen, daß die Militärverwaltung die Preise für Remonten erhöht, bei der Einfuhr von Pferden aber handelt es sich um Kaltblüter, während die Heeresverwaltung bekanntlich Warmblüter braucht. (Bravol links.)

Dr. Dahlem (Z.) ist mit einer Erhöhung der Remontepreise einverstanden.

Dr. Ballerem (R.) spricht sich für die Resolution des Abg. Rogalla v. Bieberstein aus.

Graf Kanitz (R.) bemerkt, es sei doch sonderbar, daß der Abg. Gothein solche Vorwürfe gegen die Rechte erhebe. Der Etat wäre längst fertig, wenn die Linke nicht so viel geredet hätte. Der neue Zolltarif mit den höheren Pferdepreisen müßte so bald wie möglich in Kraft treten, um der heimischen Pferdezucht zu helfen.

Präsident Graf Ballerem bemerkt, daß das, was zur Debatte gehöre oder nicht, lediglich von ihm bestimmt werde.

Die Resolution Rogalla v. Bieberstein wird darauf gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt.

v. Gersdorff (R.) wünscht, daß den Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die zu Kontrollversammlungen reisen müßten, eine Entschädigung gezahlt werde, auch wenn sie weniger als 20 Kilometer zu reisen hätten. Wenn man derartige Forderungen stellt, so heißt es immer, dazu gehört Geld, und deshalb müsse dafür gelogt werden, daß die Reichskasse mehr Geld hätte. Aus diesem Grunde müssen endlich die alten Handelsverträge gekündigt werden. (Beifall rechts.)

Hierauf wurde eine Resolution der Kommission, die denjenigen Eltern, die zum Besuche eines bei der Truppe schwer erkrankten Sohnes in den Garnisonort deselben reisen, im Fall der Bedürftigkeit eine entsprechende Reisekostenvergütung oder Ermäßigung gewähren will, einstimmig angenommen.

Dr. Semler (R.) richtet die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Regimentsbibliotheken. Dieselben werden jetzt im wesentlichen von freiwilligen Beiträgen unterhalten, die durch einen Abzug von dem Gehalt der Offiziere geleistet werden. Die Gehälter der Offiziere erfahren nun schon so viele freiwillige Abzüge, daß von dem Gehalt fast nichts mehr übrig bleibt. Er bitte daher, in den nächstjährigen Etat eine genügende Summe einzustellen, welche diesem Bedürfnis Rechnung trägt.

Graf Carmer (R.) erucht um Gleichstellung der Elementarlehrer in der Armee und den mit der Armee zusammenhängenden Schulen. Es handele sich um keine Gehaltserhöhung, sondern nur um einen gerechten Ausgleich.

Eichhoff (Fp.) begründet eine von seinen politischen Freunden eingebrachte Resolution, die verlangt, daß in nächster Etat die seminaristisch gebildeten Lehrer an den Unteroffizierschulen, den Unteroffizierschulen und dem Kadettenanstalten bezuglich ihrer Befolgung gleichgestellt werden. Die Resolution sei bereits im vorigen Jahre vom Reichstag einstimmig angenommen worden. Warum habe die Regierung ihr nicht Folge gegeben? Hoffentlich werde man jetzt endlich zum Ziele gelangen. Die Ausführungen des Grafen Carmer unterschreibt Redner vollständig.

Dr. Trendt (R.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zur Resolution und bedauert, daß die Regierung den einstimmigen Wunsch des Reichstages nicht bereits erfüllt habe.

Geheimrat Neumann erklärt, die Resolution werde unter Hinzuziehung des preussischen Kultusministeriums wohlwollend geprüft werden.

Gug (Z.) ist gleichfalls für die Resolution; zumal das Schularmaterial gerade hier ein so schwer zu handhabendes sei.

Dr. Beumer (R.) meint, der Worte seien genug gemeldet, von einer weiteren Besprechung sei nichts zu erwarten. Nun möge die Regierung endlich Taten sehen lassen.

Die Eichhoff'sche Resolution wird einstimmig angenommen.

Dr. Trendt (R.) verbreitet sich über die Titulaturverhältnisse der Hofräte und wünscht einen anderen Titel für Veterinärärzte, welches Wort er häßlich findet.

Dr. Müller-Sagan (Fp.) ist der Meinung, daß für die Veterinärstudierenden eine höhere Vorbildung notwendig sei.

Dr. Becker (Z.) wünscht eine stärkere Heranziehung des Militärfiskus zu den Kommunalstellen.

Direktor im Reichshausamt Zselle: Die Regierung ist seit Jahren bemüht, auf dem Wege der Gesetzgebung hier eine die Gemeinden befriedigende Lösung zu finden. Sollte ein gangbarer Weg gezeigt werden, so sind wir gern bereit, ihn zu beschreiten. Was die einstweilige Entschädigung betrifft, so wird die Verwaltung bis zur definitiven Regelung begründeten Anträgen der betreffenden Gemeinden stets gern näher treten.

Auf eine Anfrage des Abg. Eichhoff (Fp.) erwidert Generalmajor Sirt v. Arnim, daß voraussichtlich im nächsten Jahre die Waffenfabriken in Solingen in stärkerem Maße als bisher zu Lieferungen herangezogen würden.

Dr. Baasche (R.) bittet, auch die Waffenfabriken in

Sußl zu berücksichtigen und überhaupt der Privatindustrie mehr Aufträge zu geben.

Hierauf wird eine von der Kommission beschlossene Resolution angenommen, welche wünscht, bei Vergabung der Lieferungen von Geschützen, Artilleriematerial und Waffen den Lieferanten die Bedingung aufzulegen, daß bei Erfüllung der Lieferungen die gefällig vorgeschriebene Sonntagsruhe eingehalten werde und den Arbeitern auf jeden Fall der Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes ermöglicht werde.

Ferner hat die Kommission die folgende Resolution angenommen: „den Reichsanwalt zu ersuchen, bei der preussischen, sächsischen und württembergischen Heeresverwaltung darauf hinzuwirken, daß die Lohnsätze der bei diesen Heeresverwaltungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zurückbleiben hinter der üblichen Entlohnung der in den gewerblichen bzw. landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Erzberger (Z.) beantwortet diese Resolution. Generalmajor Sigi von Arnim erwidert, in bezug auf die Löhne brauche die Heeresverwaltung den Vergleich mit anderen Verwaltungen nicht zu scheuen.

Auf einige Anregungen des Abg. Mugdan (Fp.) erwidert

Generalmajor v. Arnim, daß der Vorschlag des Dr. Mugdan, besondere Kriegskrankentassen zu gründen, ihm sympathisch sei, doch würde er sich nicht ohne Schwierigkeiten durchführen lassen, da die bisherigen Krankentassen aufgehoben werden müßten.

Die Resolution der Kommission wird hierauf angenommen.

Pauli-Potsdam (wildkonf.) bespricht sodann ausführlich die Verhältnisse in den Artilleriewerkstätten in Spandau.

Hierauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 1 Uhr, außerdem noch Wahlprüfungen (Die Wahl des Abg. Dr. Braun [SD.] ist nicht dabei) und Marineetat.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Politische Stunden.

### Deutschland

Zur parlamentarischen Lage. Wir lesen in der „Frei. Btg.“: In Reichstagskreisen nimmt angeichts des Umstandes, daß an eine Entledigung der Beratungen des Reichs vor dem 1. April doch nicht mehr zu denken ist, das Bedauern überhand, die Osterferien schon früher zu beginnen, als ursprünglich vorgesehen war; greifbare Gehalt hat aber bisher dieser Gedanke noch nicht angenommen.

Der Kern der Sache! In Berlin hat es am Sonnabend eine aufgeregte und stürmische Versammlung gegeben, wie man sie nicht allzuoft erlebt: Loben, Schreien, Trampeln, Schläger, Gesichter blaß vor Wut, offene Mäuler und geballte Fäuste. Es galt den Kampf gegen den Umsturz, den Kampf für die heiligsten Güter der Menschheit; und die Enttäuschung zeigte sich gegen freche Esopdoren, die es gewagt hatten, in einem geheiligten Kreis zu dringen und an ihn die unerbittlichsten — wir hätten beinahe gesagt — die unmissverständlichen Forderungen zu stellen. Die Aktionäre der großen Berliner Straßenbahn hielten nämlich ihre Generalversammlung ab. Einige Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter aber hatten es gewagt, Aktien der Gesellschaft anzukaufen und sich auf diesen wichtigen Rechtsakt gestützt, an dem Spiel der Herren im Hause nicht als Knechte, sondern als Mitbestimmende zu betätigen. Einer von ihnen, Reichmann, führte die ekelhaften Schandverhältnisse der Arbeiter und stellte den Antrag, die Dividende — dem Reichstagsparlament gerichtet die Forderung der Forderung! — von acht auf fünf Prozent herabzusetzen, die ererbigen 2 Proz. aber dazu zu benutzen, um die Lage der Straßenbahnen ein wenig menschwürdiger zu gestalten! Der Antrag wurde nach einer schwermütigen Rede des Direktors und ehrsüchtigen Ministerialrats Wicke, der die Arbeiter der Straßenbahn als berechnend, aber unbestimmbar Individuen hinstellte, in Bergflucht begraben. — Wie acht Prozent sind gerecht! Wie aber kann der Staat es zulassen, daß so hochangesehene Herren und Streikführer erster Klasse jetzt gar schon in ihrem eigenen Interde von unparlamentarischen Elementen bedrängt werden? Die Stimmung für Justiz, Unpartei, Sozialistengesetze ist bei den Aktionären a der Straßen wieder laut geworden. Wenn es schon einmal soweit kommen konnte, dann helfen natürlich solche Reden nicht mehr, denn hißt nur die Tat! Und freilich ist es sehr ersichtlich, daß nach dem langen theoretischen Gerede von Vaterland, Religion, Moralität, Unpartei und Revolution nichts anderes als das eigentliche Geschäft gemacht wurde. Reichmann, Religion und Moralität — das sind acht Prozent! Sechs Prozent aber, das ist Unpartei, Revolution, Unpartei und Moralität! Dagegen kann nur der Polizei helfen und das Schwert — die glorreiche Armee. Ja doch der ganze Kampfsinn nur ein großes kaiserliches Unternehmen zur Bekämpfung menschlicher Kräfte, und jede bürgerliche Partei, jede bürgerliche Versammlung ist im letzten Grunde eine Abenteurerjagd, in der es nichts „decidat“ Besondere geschahert wird!

Die Budgetkommission des Reichstages hat im Marienat nach einer dem Reichstag letzten vorgelegten Ubersicht bei den fortwährenden Ausgaben 526 042 Mark, bei den einkommenden Ausgaben des ordentlichen Etats 6 690 400 und des außerordentlichen Etats 2 750 000 Mark abgesetzt. So gering es in der Kommission. Bei der zweiten Beratung des Marienat im Plenum dürfte aber das Zentrum unter der Leitung seines Diplomaten Speyer wieder „mitreden“.

Der neue Reichtragetat für 1903, der Dienstag den 9. Oktober vorgelegt ist, enthält Forderungen von 1 727 000 Mk. für den Deutsch-Schwedischen Krieg. Ein zweiter Ergänzungsetat für 1904 fordert als Zahlung für die Besetzung der Schwedischen Gebiete in Deutsch-Schweden 3 197 000 Mk. und für Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung 513 000 Mk. Dieser zweite Reichtragetat wird aber noch ein dritter folgen, denn in dem jetzt dem Reichstag vorgelegten Reichtragetat sind die Kosten für die 800 Arbeiter und zwei Batterien, die in den nächsten Tagen nach Deutsch-Schweden entsandt werden sollen, noch nicht enthalten. In einzelnen sind bestimmt zur Bekämpfung der Überschwemmung Swapsund — Windhul und zur Bekämpfung des Wassers der Rade 315 000 Mk. für den Unterhalt von Aufstiehlern, die durch

den Aufstand vertrieben sind, 500 000 Mk. In der Begründung heißt es: Auf telegraphischen Erläuterungen aus Swapsund mußten deshalb sofort Materialien im Werte von 312 000 Mk. einschließlich Fracht und Versicherungskosten entandt werden. Die Räte der von der Dniebbahn zur Verfügung gestellten Wagen, deren Heranzugung zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig wurde, erfordert im Rechnungsjahr 1903 3000 Mk. Für die Entschädigung von Aufstiehlern werden im ganzen „zunächst“ 2 Millionen Mark im Nachtragsetats für 1903 gefordert. Sämtliche Ausgaben sollen aus Anleiheemitteln bestritten werden.

Die Revision im Kaiserinsel Prozeß verworfen. Das Reichsgericht verwarf Dienstag die Revision unserer Genossen Paul Leid und Julius Kaliski, die bekanntlich wegen Veröfentlichung des Kaiserinselartikels im „Vorwärts“ am 16. Oktober 1903 vom Landgericht I, Berlin, verurteilt worden sind, und zwar Leid wegen Majestätsbeleidigung zu 9 Monaten, Kaliski wegen Beleidigung des Hofmarschalls v. Trotha zu 4 Monaten Gefängnis.

Eine Generalrede. Der kommandierende General des 1. Armekorps Frhr. v. d. Goltz hat am Sonnabend in der Königsallee in Königsberg eine Rede gehalten, in der er nach der „Voss. Btg.“ ausführte, ein großer Krieg könne in naher Zukunft vielleicht große und inhaltsschwere Entscheidungen für unser Vaterland herbeiführen, und unerlässlich sei ein festes Zusammenhalten aller Kräfte der Nation, um selbst einen überlegenen Feind zu schlagen. Dazu müßte aber die gesamte Bevölkerung, Militär und Zivil, zusammenwirken und nichts dürfe veräußert werden, an der Herbeiführung eines solchen Einverständnisses zu arbeiten, es sorgsam vorzubereiten. — Mit seiner Rede hat sich General von der Goltz in kräftiger Weise zur Regierung gesetzt. Diese hat wiederholt versichert, daß unsere Beziehungen zu allen Mächten die „besten“ seien, und daß wir bei dem russisch-japanischen Kampf um die Mandschurei nicht im mindesten interessiert wären. Wer hat nun Recht, die Regierung oder der General? Wenn die Regierung recht hat, so bedeutet sie vielleicht dem Herrn von der Goltz, daß politisierende Generale ein Übel sind, die wir für das gar nichts angeht.

Der bayerische Kriegsminister und die Kammer. Am Schluß der Sitzung der Kammer kam Dienstag Abg. Dr. Bichler außerhalb der Tagesordnung auf die Ausführungen des Kriegsministers Freiherrn v. Aich zum Falle Graf Kraus zurück und bezeichnete es als unverständlich, daß der Minister, der doch ähnliche Angelegenheiten schon öfter unter vier Augen erledigt habe, den ihm vertraulich übergebenen Brief dazu benutzt habe, ohne Wissen und gegen den Willen des Uebersenders eine strafrechtliche Untersuchung darauf aufzubauen. Nach ihm nahm der Führer des Zentrums Dr. v. Daller zu einer Erklärung das Wort, um namens seiner politischen Freunde gegen das Verfahren des Kriegsministers, insbesondere gegen die am Montag von ihm beliebte, für den Abg. Bichler geradezu beleidigende Ausdrucksweise Bewahrung einzulegen. Der Kriegsminister Freiherr v. Aich wies die Angriffe schärf zurück und erklärte, er werde an der Minderzucht der Kammer nicht ein Jota rütteln lassen. — Wie übrigens die „Münchener Post“ mitteilt, ist der Einjährig-Freiwillige Graf, dessen Brief an den Abgeordneten Dr. Bichler Anlaß zu der Kontroverse zwischen diesem und dem Kriegsminister gegeben hat, Dienstag aus dem Militärdienst entlassen worden.

Ein neues Manifest der russischen Studenten in Berlin gegen Bülow-Richtmeyer. Folgende Erklärung ist A. Jung Wäz 1904 von 428 in Berlin und Umgebung wohnhaften Russen beschlossen und wird in deren Auftrag an eine Reihe von angesehenen politischen Zeitungen und zahlreiche Männer der Politik und Wissenschaft im In- und Auslande verandt: „Am 19. Januar dieses Jahres hat der Vertreter der Deutschen Reichsregierung, Freiherr von Richtmeyer, vor der breiten Öffentlichkeit des Parlaments zur Aufklärung der gegen die hiesigen Russen gerichteten Polizeimaßregeln diese Russen in Vauß und Bogen und damit uns alle als anarchoide Propagandisten der Tat verächtigt, und die hiesigen Russen ein s unwillkürlich Lebenswandel bezichtigt. Gegen diese schweren Beschuldigungen haben wir uns in einer öffentlichen Erklärung verwahrt (Der „Botsbote“ hat dieselbe s. Bt. zum Abdruck gebracht (Red.)). Wir sehen uns zu dieser Erklärung um der Gerechtigkeit willen gezwungen. Das Recht der Verteidigung ist ein natürliches Recht, anerkannt selbst von barbarischen Völkern. In der Verhandlung des Reichstages vom 29. Februar d. J. hat nun der Deutsche Reichskanzler Graf Bülow jene Abwehr, jenen Akt unseres natürlichen Rechts als „impertinent“, als „Mißbrauch des Sprechens“ bezeichnet, und uns um jener Verleumdung willen die Ausweisung angedroht. Dabei hat er es unternommen, durch Hinweis auf die jüdische Abstammung eines Teils der hiesigen Russen antilemisch Vorurteile gegen uns zu erwecken. Graf Bülow, der höchste Beamte des Deutschen Reiches, hat sich nicht scheut, uns zu diesem Zweck unter dem Schutz der Immunität als „Schwarzer“ zu beschimpfen. Daß die hier lebenden Russen zum überwiegenden Teil jüdischer Abstammung sind, hat, wie dem Grafen Bülow wohl bekannt, seinen Grund in dem heftigen Druck, dem die jüdische Bevölkerung in dem Rußland von Kischineu ausgesetzt ist, und die sie von den höheren Bildungsanstalten der Heimat nahezu ausschließt. Wir bedauern, daß das patriotische Ingründert im Umde eines Jüngers, eines Fichte, eine derartige Mißachtung des großen Humanitätsgebanten hat sehen müssen, und wie sie in diesen antilemischen Ausfällen des Deutschen Reichskanzlers gänzlich getrennt ist. Gegenüber der von Deutschen Reichskanzler eroberten Anklage eines Mißbrauchs des Sprechens und gegenüber jenen Beschuldigungen können wir, daß wir uns das Recht zur Abwehr ungesetzlicher Angriffe nie und nimmer nehmen lassen werden. Wir bestätigen daher auch hier auf Grund unserer täglichen Erfahrung von neuem Punkt für Punkt den Inhalt unserer früheren Erklärung, insbesondere die Tatsache, daß wir in Deutschland, vor allem in Preußen, allgemein und ohne jede gesetzliche Garantie, einer fressenden in göttlich bekräftigten Form angedrohter Ausweisung durch deutsche und russische Polizeibehörden unterworfen sind, und weisen schon mit Rücksicht gerade auf diese Polizeimaßregeln die Behauptung des Grafen Bülow, daß die russischen Studenten in Deutschland mit derselben Leichtigkeit bestraft werden wie die einheimischen, als unparlamentarisch zurück. Wenn Graf Bülow

und mit ihm ein Teil der Deutschen Öffentlichkeit die Auffassung vertritt, daß der Graf sich stumm, ohne das Recht der Verteidigung vom Gastgeber beleidigt lassen müßte, so ist das mit unseren Gew- und Rechtsbegriffen unvereinbar. Durch ein kulturwidriges Regierungssystem sind wir aus unserem Heimatlande vertrieben. Aber auch im Auslande, in das wir in der Hoffnung auf die Solidarität aller Zivilisation geflüchtet sind, betrachten wir die Wahrung unserer Ehre und Menschenwürde als unsere geheiligte Pflicht und sind alleamt bereit, jede sich hieraus ergebende Konsequenz auf uns zu nehmen. Mag Graf Bülow für sein Vorgehen, das lediglich den Interessen des russischen Absolutismus, dieses erbarmungslosen Feindes aller Zivilisation und freihellen Fortentwicklung dient, die Verantwortung vor der gesamten Kulturwelt und vor dem Urteilspruch der Geschichte tragen.“

Infolge des Protestes der russischen Studenten gegen die Rede des Reichsanwalters Grafen Bülow finden wie der „Vorwärts“ mitteilt, seit Freitag auf dem Berliner Polizeipräsidium täglich Vernehmungen von Russen in Sachen dieser und der früheren Protestresolutionen statt. Soweit bekannt, bekennen diejenigen von den Vernommenen, die in den Versammlungen, welche die Resolutionen beschlossen hatten, anwesend waren, ihre eigene Teilnahme an der Abstimmung, lehnen aber die Verantwortung von Fragen, die sich auf andere Personen beziehen, ab. Es werden aber auch solche Russen vernommen, die weder an den Versammlungen teilgenommen noch die Resolutionen unterschrieben haben. Die Vernehmung erstreckt sich auch auf die Feststellung der politischen Gesinnung und die erstmalige politische Betätigung in Rußland und die dort dafür erlittenen Strafen. — Bei der Bedenklichkeit Preußens gegenüber Rußland können sich die Russen auf das Schlimmste gefaßt machen.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beantragt, die Wahl des Abg. Hoeffel (Fp.), der im 11. elsass-lothringischen Wahlkreise (Sabern) gewählt ist, für ungültig zu erklären. — Die Budgetkommission des Reichstages erledigte Dienstag den Etat von Kantonen. — Bremen und Hamburg haben sicherem Vernehmen nach für die Aufhebung des Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes gestimmt. Dagegen hat die Schwarzburg-Rudolstadtische Regierung, ebenso wie die meisten übrigen Bundesstaaten, im Bundesrat gegen die Aufhebung des Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes gestimmt. — Die Postbeamten in Magdeburg wurden Dienstag durch amtliche Verfügung gezwungen, aus dem Konsumverein auszutreten. Die Erbitterung darüber ist selbstverständlich ungeheuer. Am Montag findet eine große Protestversammlung statt. — Wegen Beleidigung von Beamten, die er der Bestechlichkeit geziehen, verurteilte die Strafkammer in Posen den Chefredakteur Schack von der „Posener Zeitung“ zu drei Monaten Gefängnis; der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt. Zwei mitangeklagte Medizintechniker polnischer Zeitungen wurden wegen Abdrucks des beleidigenden Artikels zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Das Gericht der 30. Division in Straßburg erklärte den Leutnant Kellermeister von der 2. und von der Abteilung des 1. Oberelsässischen Feldartillerieregiments Nr. 15 in Saarburg für fahnenflüchtig. Es wurde kürzlich berichtet, daß der genannte Offizier mit der Frau eines anderen durchgegangen sei. — Die Wahlen für die auscheidende Hälfte der Mitglieder der argentinischen Deputiertenkammer sind zum ersten Mal nach dem neuen Wahlgesetz ruhig verlaufen. Die Nationalpartei hat mit großer Mehrheit gesiegt.

### Rußland.

Eine Spionage-Affäre, ähnlich derjenigen, in die seiner Zeit Oberst Grimm verwickelt war, ist in Warschau im Generalstab entdeckt worden. Der Kapitän Leontjew ist überführt worden, daß er einem westlichen Grenzstaate das Verzeichnis der in diesem Grenzstaate den Auskunftsdiens versehenen Agenten des russischen Generalstabes verraten habe. Durch ein Versehen des Postamtes wurde die für den Kapitän Leontjew bestimmte Geldsendung dem gleichnamigen Obersten Leontjew in Warschau eingehändig, wodurch die Spionage entdeckt wurde.

### Oesterreich-Ungarn.

Gelegentlich der Märzfeier in Budapest kam es, so meldet der offiziöse Draht, der offenbar wieder einmal die Wahrheit fälscht, Dienstag Nachmittag zu Ausschreitungen. Ausländische Schneider, Schlosser- und Schuhmachergehülfen zertrümmerten, vom Reichs-Deutscher herziehend, am Citadellring die Fenster und Auslagen einiger nicht besagter Häuser mit Steinen; auch auf der Persepolisstraße wurden einige Schaufenster eingeschlagen. Vor dem Volkstheater entfaltete der Anführer der Demonstranten eine rote Fahne. Als auf dieses Zeichen am Citadellring die Auslage eines Bankgeschäftes geplündert wurde (?), schritt die Polizei energisch ein, zwanzig Personen wurden verhaftet; abends um 6 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

### Italien.

Ein italienischer Areberg. In der Deputiertenkammer interpellierte Montag der Abg. Ghiesi die Regierung, welche Gründe sie veranlaßt hätten, zum Generalkonsul in Aken einen Marinenjäger zu ernennen, dessen Tätigkeit in Aken und Rogaditscha (Venetia) scharf beschwerend hervorgerufen habe. Man beschuldige denselben, daß er einen Somali durch Stockschläge habe töten lassen und daß er 30 Gefangene, ohne ihnen den Prozeß zu machen, habe hingerichtet lassen. Der Minister des Auswärtigen, Tittoni, erklärte unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses, die gegenwärtige Regierung habe niemals zur Ernennung dieses Beamten als Gouverneur von Venetia geraten. Derselbe sei von seinem Vorgänger zum Konsul in Aken ernannt worden. Der Konsul in Santhar habe über die erwähnten Beschuldigungen eine Untersuchung eingeleitet. Der Bericht sei erst am 7. d. Mt. eingetroffen und habe die von Ghiesi erwähnten Tatsachen bestätigt (Erregung). Der Beamte werde daher dem Gericht überwiesen werden. Die Regierung müsse das Ergebnis des Prozesses abwarten, ehe sie Disziplinarmaßnahmen verhängen könne. (Zustimmung.) Marinenminister Trabelli bestätigte, daß die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen werde; man dürfe dem Urteile über die Verantwortlichkeit dieses Offiziers nicht vorgreifen, die

nach nicht verhört sei und der vielleicht nachweisen könnte, daß die Anschuldigungen unbegründet seien. Redner erinnerte dann daran, daß dieser Offizier dreimal Gegenstand von tätlichen Angriffen der Eingeborenen gewesen, und daß er auch für die Militär-Verdienstmedaille vorgeschlagen worden sei.

### England.

**Eine Niederlage der Regierung.** Im Unterhause erlitt die Regierung Dienstag eine Niederlage, indem der Antrag John Redmonds auf einen Abbruch bei den Forderungen für Unterrichtszwecke in Irland mit 141 gegen 131 Stimmen angenommen wurde.

### Bulgarien.

**Kündigung der Handelsverträge.** Die Regierung kündigte, wie aus Sofia gebräutet wird, mit dem 13. d. M. alle bestehenden Handelsverträge.

### Türkei.

**Der Ordensskandal.** In dem Prozeß gegen Tahir Bey und dessen wegen Ordensschwindsels wurde Dienstag nach zweitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt zur Einschließung in einer befestigten Stadt auf 15 Jahre: Tahir Bey, Major Mohamed Bey, Manasse, Awatash, Tevfit Jahreddin, sämtlich unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Dr. Christoph erhielt ein Jahr Gefängnis wegen Betruges. Tahir Bey nahm das Urteil mit einem Hoch auf den Sultan entgegen.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 16. März.

Die letzte Bürgerschaftssitzung brachte unseren „Kulturkämpfern“ eine arge Enttäuschung. Mühen sie doch die für sie gewiß recht traurige Mitteilung des Senatskommissars entgegenzunehmen, daß Lübecks Vertreter im Bundesrat anlässlich der Beratung über die Aufhebung des § 2 des Juliusengesetzes sich der Stimme enthalten hatte. Diese Stellungnahme des Senats mußte umso mehr Aufsehen erregen, als derselbe noch vor Jahresfrist anlässlich eines diese Materie behandelnden Antrages die kurze und hüdnige Erklärung abgegeben hatte, daß der Vertreter Lübecks im Bundesrat angewiesen worden sei, gegen die Aufhebung des gen. Paragraphen zu stimmen. Als Herr Pastor Evers, der „Führer“ der hiesigen Kulturkämpfer, diese Frage beim ersten, das Weiterverwehren der katholischen Gemeinde behandelnden Antrag anschnitt, da war man allgemein der Ansicht, daß der Senatskommissar eine den Fragesteller und seine Freunde befriedigende Antwort erteilen würde. Doch es hatte nicht sollen sein! In einer verhältnismäßig kurzen Erklärung machte der Senatskommissar die Mitteilung, daß der Senat in eine wiederholte Erörterung dieser Frage eingetreten und schließlich zu dem die Stimmhaltung in sich bergenden Entschluß gelangt sei. Ein wildes Chaos von „Ho-“ und „Ah-Rufen“ war die Folge. Das sonst sehr ruhig freisende Speichbürgersblut war in Wallung geraten; der Jörn der Biederer war entflammt. Selbst Leute, die es aus leicht erklärlichen Gründen sonst nicht gerne mit dem Senat verderben wollten, gesehnten in mehr oder minder scharfen Worten dessen Verhalten und fanden hierbei die lebhafteste Zustimmung der Mehrheit. Der erste Redner, Herr Dr. L. v. Perle, der nach der Senatsklärung das Wort ergriff, dankte Herrn Pastor Evers für seine Worte und bedauerte lediglich die Haltung des Senats. Zu einer scharfen Erklärung konnte oder wollte er sich anscheinend nicht aufraffen. Als Verteidiger des Senats fungierte Herr Dr. Götz, der die liberalen Bürgerschaftsmitglieder eindringlich daran erinnerte, daß doch der Liberalismus seit jeher für die Bezeitigung dieses Ausnahmengesetzes eingetreten und daß aus diesem Grunde die Haltung des Senats nicht zu verweisen sei. Seine Hoffnung, mit dieser Mahnung an den Liberalismus Erfolg zu erzielen, schlug fehl, vielmehr zog der nächstfolgende Redner, Herr Landrichter Dr. Neumann, in sehr scharfer Weise nicht etwa gegen den Senat, sondern gegen Herrn Dr. Götz zu Felde. Er bekannte sich ausdrücklich als ein eifriger Anhänger des Götzens Bismarck, dessen unheilvolle Blut- und Eisenpolitik er in versteckten Worten empfahl. Herr Pastor Evers ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, um der Reichsregierung ob ihres schändlichen Zurückweichens vor den Ultramontanen ein auszuweichen. Ob seine pathetischen Worte wohl überhaupt an den maßgebenden Stellen gelesen werden? Wir glauben es nicht! Um wenigstens etwas zu erreichen, stellte dieser Redner einen Antrag, in dem die Bürgerschaft ihrem schmerzlichen Bedauern über die Haltung des Senats Ausdruck gibt. In seiner Weise geistelte Herr Bape sowohl die nichtstimmende Stellung des Senats, als auch die Ausführungen der Jesuitenfreier. Mit Recht verwies er darauf, daß, wer heute überhaupt noch etwas auf Liberalismus gibt, der Aufhebung nur zustimmen könne. Der Senat hätte sich nicht hinter dem Busche verstecken, sondern offen Farbe bekennen sollen. Nachdem noch ein leidenschaftiger Professor, nämlich Herr Dr. Baetke, sich zum Erlaunen der Jesuitenfreier gegen den Antrag Evers erklärt hatte, wurde zur namentlichen Abstimmung geschritten. Mit 78 gegen 9 Stimmen fand der Evers'sche Antrag, der dem Senat ein Mißtrauensvotum ausstellte, Annahme. Sonderbarerweise ist in dem im amtlichen Protokoll abgedruckten Antrag das Wort „schmerzlichen“ gestrichen worden, trotzdem derselbe mit diesem Worte Annahme gefunden hatte. Hat Herr Pastor Evers hier später einen Witz zurückgedreht? Interessant war bei der Abstimmung, daß selbst die angeblich Liberalsten der Liberalen, nämlich die freisinnigen Volksparteier unserer Bürgerschaft, nicht einmal geschlossen stimmten; während die Herren Bape, Dohberstein und Thiele gegen den Antrag stimmten, votierten ihre Gesinnungsgenossen Rosenquist und Peise dafür. Vesterer erklärt jetzt zwar in seinem Organ, daß er dem Antrag nur deshalb zugestimmt habe, um den Senat sein Mißtrauen über seine eigenmächtige und laue Haltung auszudrücken. Zweckmäßiger wäre es dann gewesen, wenn diese beiden Herren ihren Standpunkt vor der Abstimmung präzisieren hätten, dann wären sie nicht in den Verdacht der Jesuitenfreier und des Antiliberalismus gekommen. — Wir sind der Meinung, daß die Haltung des Senats infolgedessen noch viel schärfer hätte gerügt werden müssen, als derselbe, anstatt offen Farbe zu bekennen, Vogelstraußpolitik betrieben hat. Um Übrigen ist unser Standpunkt zur Aufhebung des Jesuitenausnahmengesetzes zur Genüge bekannt, sodas wir denselben an dieser Stelle nicht noch einmal zu präzisieren brauchen.

Ob dieser Kulturkampfsdebatte mußte natürlich der Hauptantrag, der die Verleihung des Festenrechts an die römisch-katholische Gemeinde und den Austritt aus derselben betrifft, sehr leiden. Nur 2 Redner sprachen zu demselben, trotzdem doch dieser Antrag nach verschiedenen Richtungen hin einer Debatte wert gewesen wäre. Zunächst handelt es sich bei

demselben darum, daß der Staat als Eintreiber für eine Kirchengemeinde fungiert und so die Hand zur Schröpfung von Mitgliedern dieser Gemeinde bietet. Oder ist es etwa keine Schröpfung, wenn dem Vorstand der Kirchengemeinde das Recht eingeräumt wird, bei Einkommen über 1000 M. bis zu zwanzig Prozent des Anlages zur Einkommensteuer mit staatlicher Hilfe zu erheben? Dann aber kommt noch in Betracht, daß die evangelischen Gemeinden nur bis zu 6 Proz. erheben dürfen, während man hier, wie gesagt, 20 Proz. als Höchstmaß festgesetzt hat. Wir hätten erwartet, daß doch mindestens einer der liberalen Bürgerschaftsmitglieder sich gegen diese Anträge ausgesprochen und dadurch bewiesen hätte, daß in der Lübecker Bürgerschaft doch noch etwas Liberalismus vorhanden ist. Aber nein! Mit Ausnahme eines Redners, der die Ungleichheit rügte, später aber selbst den Anträgen zustimmte, herrschte über diesen Punkt Ruhe in den Gewässern. Die Senatsanträge fanden Annahme.

Eine Kommissionsberatung wurde bei dem Beschlusseentwurf, betr. Einkommenbesteuerung der Gesellschaften m. b. H. beschlossen. Die Industriellen geben sich so leichten Kaufes noch nicht den Senatswünschen hin, weil es sich hier um ihren Geldbeutel handelt.

Der Punkt: Neubau einer Feuerwache gab Herrn Rosenquist berechtigten Anlaß, sich entschieden gegen das Submissionswesen zu wenden. Die Erklärungen vom Senatsstische waren nichtsliegend. — Anlässlich der Beratung über die Erbauung eines Hauptstalles in St. Jürgen fand ein Antrag Dohberstein Annahme, nach welchem die Ländereien an der Israelsdorfer Allee und in Israelsdorf der Bebauung erschlossen werden sollen.

Die übrigen Tagesordnungspunkte fanden bis auf den letzten ohne erhebliche Debatte Annahme. Bei dem letzten die Standesordnung der Ärzte betreffenden Punkt plagten jedoch die Geister noch einmal aufeinander. Mit Recht rügte Herr Mühlham, daß durch diese bis heute noch nicht veröffentlichte Standesordnung das Bestimmungsrecht der Kranken ganz bedeutend eingeschränkt sei. Wenn a. B. in einem Krankheitsfälle die Konsultation eines zweiten Arztes notwendig ist, dann soll nicht derjenige diesen Arzt bestimmen, der ihn begehren muß, sondern der Arzt. Daß eine solche Bestimmung zu den ärgsten Mißbilligkeiten, ja sogar zu den schlimmsten Konsequenzen führen kann, ist klar. Trotzdem lehnte die Bürgerschaft einen Antrag Mühlham, die Standesordnung einer Nachprüfung zu unterziehen, ab. Der Einfluß der Ärzte ist also anscheinend in der Bürgerschaft ein sehr großer. — Anlässlich dieser Debatte kam Herr Coleman auch auf die Distriktenkasse, resp. deren Verhältnis zu den Ärzten, zu sprechen. Er verwahrte sich dagegen, daß bei den Ortskrankenkassen immer von sozialdemokratischem Einfluß gesprochen werde.

Um 2 Uhr trat Schluß ein, nachdem die Tagesordnung — o Wunder! — vollständig erschöpft war. — Am kommenden Montag findet dennoch schon wieder eine Sitzung statt. Ja, ja, es ist nicht leicht, „Volksvertreter zu spielen!

Herr Dr. Wichmann sendet uns auf unsere, sein Verhalten kritisierende Notiz ein Schreiben, dem wir unter Fortlassung der völlig überflüssigen persönlichen Spitzen folgendes entnehmen:

„Die geehrte Redaktion ersuche ich höflichst, die in Nr. 61 Ihres Blattes gebrachte, meine Person und Geschäftsführung bemängelnde Notiz dahin richtig stellen zu wollen, daß ich den Unglücksboten nicht, wie in Ihrer Notiz zu lesen, mit der Anweisung fortgeschickt habe, sich zunächst an einen anderen Arzt zu wenden, und, falls man keinen erhalte, wieder zu mir zu kommen. Wichtig ist vielmehr, daß der Bote ausdrücklich und direkt zu dem in der Nähe nebenan, Lindenstraße 3, wohnenden Arzte Herrn Dr. Forst geschickt worden ist, wenn der nicht käme oder nicht da wäre, würde ich kommen. Da Herr Dr. Forst seine Morgenprechstunde bereits um 8 Uhr abhält, ist es natürlich anzunehmen, daß er morgens eher auf sein wird als ich, dessen Sprechstunde erst um 8 1/2 Uhr beginnt; ebenso selbstverständlich ist es aber, daß ein Arzt, der bereits aufgefunden ist, schneller an die Stätte des Unglücks eilen kann, als ein anderer, der erst aufstehen und sich anziehen muß. Da die Hilfeleistung durch Herrn Dr. Forst also voraussichtlich 10–15 Minuten schneller erfolgen konnte, als durch mich, lagen meine Anordnungen durchaus im Interesse des Verunglückten.“

Wir überlassen es unserem Gewährsmann, sich zu dieser Richtigstellung zu äußern.

**Wichtig für Hausbesitzer!** Das Landgericht Hannover hat am 9. November v. J. den Wäscher Otto Göpel in Linden wegen fahrlässiger Tötung zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt, weil er die Treppe nicht rechtzeitig beleuchtet hatte und infolgedessen ein zwölfjähriges Mädchen, welches am Abend Zeitungen austrug, die Treppe im Hinterhause herunterstürzte. Das Kind hatte anscheinend keine Verletzungen erlitten, ging auch noch einige Tage in die Schule, bekam dann aber eine Eiterung am rechten Schienbein und starb bald darauf. Der Tod ist nach der Ueberzeugung des Gerichts durch den Sturz mit verursacht worden. — Die Revision des Angeklagten, welcher geltend zu machen suchte, daß nach seiner Ueberzeugung die Treppe genügend beleuchtet war, namentlich für Personen, die öfter im Hause verkehrten, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

**Achtung, Zimmerer!** Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Holz- und Tiefbau, vorm. Gebr. Sellmann, (Sabahofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

**Handelsregister.** Am 15. März 1904 ist eingetragen die Firma Friedrich Wesse, Weinhandlung in Lübeck. Inhaber: F. C. Wesse, Kaufmann in Lübeck.

**Personalien.** Der Senat hat die Oberlehrer am Realgymnasium zu Gera C. Breinig und Dr. phil. Karl Steyer zu Oberlehrern an der Ernestinenschule und dem Lehrerinnenseminar ernannt und ihren Dienstantritt auf den 1. April d. J. festgelegt.

**pb. Leichenfund.** Die Leiche des am 3. Januar d. J. in der Wakenig ertrunkenen Bäckerlehrlings wurde gestern Vormittag gefunden.

**Entn.** Anzeigepflichtige Krankheiten gelangten im Februar zur Anzeige: 20 Fälle (15 aus Ahrens- hof und 1 aus Stodfeldsborf) an Scharlach, 3 an Masern, 12 (3 aus Guts) an Diphtheritis und 6 (2 aus Guts) an Keuchhusten. Die Erkrankungen an Scharlach traten im verfloffenen Monat zahlreicher auf, besonders in Ahrens- hof und Umgegend, ebenso die Erkrankungen an Diphtheritis. Gemeldet wurden 2 Todesfälle an Diphtheritis und 1 Todesfall an Scharlach.

**Müllm.** Musterung. Der Magistrat macht bekannt, daß das diesjährige Musterungsgeschäft am Dienstag, den 22. d. Mts., Vormittags 9 1/2 Uhr, auf dem Schützenhofe hier selbst stattfindet. Es haben zu erscheinen: 1. sämtliche militärpflichtigen Mannschaften des Jahrgangs 1884;

2. alle diejenigen Mannschaften der Jahrgänge 1882, 1883 und ältere, welche von den Ortsbehörden noch keine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis erhalten haben; 3. solche Leute aus den Jahrgängen 1882 und 1883, welche zwar im vorigen Jahre für eine Waffe angelegt, jedoch nicht zur Einstellung gelangt sind. Wer von den vorgenannten Mannschaften durch Krankheit verhindert ist, im Termin zu erscheinen, hat rechtzeitig ein Physikalisch-Attest einzureichen. Kann ein solches nicht mehr beschafft werden, so sind etwaige andere Atteste durch die Polizeibehörden oder Gemeindevorsteher zu beglaubigen. Die Militärpflichtigen haben sich zwei Stunden vor Beginn des Geschäftes vor dem Musterungstotal einzufinden.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Der Amerikaner Masterson, der nach Unterschlagung von 100 000 Dollar geflüchtet und von der Hamburger Kriminalpolizei festgenommen war, wird heute der amerikanischen Behörde ausgeliefert. — Der von Hamburg mit einer Weinladung nach Wilhelmshaven bestimmte Schoner „Onder-noming“ ist an der frischen Küste untergegangen; die Besatzung wurde gerettet. — Ausgewiesen wurde nach einer Sader'schen Meldung mit 24stündiger Frist der dänische Staatsangehörige Arbeiter Niels Peter Haverlov, nachdem er eine achtjährige Haftstrafe wegen Betrugs ver büßt hatte. Der Staat ist wieder einmal gerettet. — Einen tödlichen Betrugsversuch machte in Stockholm bei der Rekruten-aushebung ein junger Mann. Er hatte, um älter zu erscheinen, die Jahreszahl im Geburtschein und Arbeitsbuch ausradirt und eine andere Zahl hineingeschrieben. Die Behörde bemerkte die Fälschung und der junge Mann wurde verhaftet.

**Hamburg.** Ein langjähriger braver Parteigenosse, der erste Hauptkassierer der Zentral-Krankenkassen- und Sterbefälle der Tischler, Louis Jacobs, ist gestern Nachmittag 4 Uhr gestorben. Jacobs war am 23. April 1847 in Wolfenbüttel geboren, lernte als Tischler und schloß sich schon in jungen Jahren der Partei an, und zwar in Braunschweig, als überaus tätiges Mitglied an, wie er auch in der Gewerkschaftsbewegung eine rege Tätigkeit entfaltete. Im Herbst 1883 wurde er nach Hamburg berufen, um die Stelle des Redakteurs an der damaligen „Neuen Tischler-Zeitung“, jetzigen „Sofarbeiter-Zeitung“, zu übernehmen. Diesen Posten vertauchte er am 1. Febr. 1888 mit dem zweiten Hauptkassierer an der oben- genannten Krankenkasse, um dann am 1. Oktober 1890, als der erste Hauptkassierer, der auch schon bei mehreren Jahren verstorbenen Wilhelm Gramm, sein Amt niederlegte, an dessen Stelle zu treten. Welches Ansehen der unbeschuldete rührige Genosse sowohl in seiner Gewerkschaft als in der Partei genos, beweist u. a., daß er von seinen Gewerkschaftsgenossen mit dem wichtigsten Amt eines Vorsitzenden der Zeitungskommission betraut wurde, und daß ihn die Partei schon seit Jahren für würdig erachtete, bei den Wahlen für die Bürgerschaft zu kandidieren. Leider litt Jacobs schon seit einigen Jahren an der Zuckerkrankheit, die jetzt seinem Leben ein Ende machte, nachdem er etwa acht Tage bettlägerig gewesen war. Das Andenken des wackeren dahingegangenen Kämpfers werden die Parteigenossen und seine Gewerkschaftsgenossen in Ehren halten.

**Kiel.** Ein eigenartiger Soldatenerzieher hatte sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Angeklagt war der Bootsmannmaat Hansen vom Linienschiff „Kaiser Wilhelm II.“ Hansen wurde beschuldigt, 14 Untergebene im Dienst mißhandelt und beleidigt zu haben. Hansen verletzete den Leuten bei den geringsten Unfällen Ohrfeigen und schlug sie ins Gesicht. Einem Leichtmatrosen verletzete er einen Tritt mit seinem benagelten Seetiefel, angeblich, um seine Aufmerksamkeit zu erregen. Einen anderen bedrohte er mit Loischlag. Ein Leichtmatrose, der von dem Maten ganz besonders hart mitgenommen wurde, erstattete schließlich Anzeige. Es ergab sich, daß die Mißhandlungen sich durchweg tadellos geführt hatten. Bezeichnend für das brutale Vorgehen des Angeklagten ist folgender Vorfall: Als er einmal einem Leichtmatrosen ohne jede Veranlassung ins Gesicht schlug, sagte er: „Entschuldigen Sie, mein Herr, daß ich Sie berührt habe.“ Durch die Aussagen der Zeugen wurde der Mat überaus stark gelästet. Der Vertreter der Anklage meinte, daß der Angeklagte eine gute Führung habe und ein merkwürdiger Mann mit ledierten Nerven und antiken Ansichten über Rekrutenerziehung sei; es liege kein Grund vor, die ganze Schwere des Gesetzes gegen ihn anzuwenden. Er beantragte deshalb nur zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch nur auf — fünf Wochen Mittelarrest!! Es erachtete 30 Fälle von Mißhandlung und Beleidigung festzustellen. Dauernder Schaden sei jedoch nicht eingetreten. Auch handele es sich nur um leichte Fälle. Durch ihr kindisches Benehmen hätten die Untergebenen den Angeklagten vielfach selbst zu Mißhandlungen veranlaßt. Hansen habe im edlen Eifer, tüchtige Soldaten zu erziehen, gehandelt. — Für 30 Mißhandlungsfälle 5 Wochen Mittelarrest. So „bekämpft“ man die Soldatenerzieher im gesegneten Lande deutscher Nation!

**Rostock.** Was den Kindern in Mecklenburg not tut. Wie hoch der Schulunterricht in Mecklenburg geschätzt wird, beleuchtet folgender Vorfall, der von der Lehrpresse mitgeteilt wird. Bei einem Dorfgewöhnlichen war Schachfest. Zum Drehen der Wurstmaschine wird ein Schuljunge benötigt, für den Dispens beim Lehrer nachgesucht wird. Der Lehrer, etwas erkrankt, geht zu dem Piarer, der zugleich Ortsschulinspektor ist, und stellt ihm vor, daß ein solches Beispiel ihm die wurstmachenden Eltern der ganzen Schulgemeinde auf den Hals laden würde. Aber der würdige Mann lächelt und macht dem Lehrer mit dem neuesten Grundlag in der mecklenburgischen Schulpolitik bekannt, indem er spricht: „Aber was wollen Sie denn, mein Lieber? Es ist für die Kinder viel nützlicher, Wurst zu machen als die Schulbänke zu drücken!“

## Verste Nachrichten.

**Elbing.** Gattenmord. In der Nacht zum Dienstag erschlug der Schlossermeister Migliff seine Frau mit einem Beil. Der Täter wurde verhaftet.

**Posen.** Bei dem Brande eines Familienhauses auf dem Rittergut Parskie bei Schrimm rettete eine Arbeiterfrau ihre 4 Kinder aus den Flammen. Als sie noch das 5. retten wollte, stürzte das brennende Dach herab und begrub die Frau samt dem Kinde.

**Essen a. S.** Grubenunglück. Auf Zeche „Bruchhausen“ wurden drei Bergleute verschüttet. Einer ist tot, zwei tödlich verletzt.

**Reg.** Die schwarzen Roden sind im hiesigen Bezirksgefängnis ausgebrochen; bis jetzt sind drei Fälle vorgekommen. Die Kranken sind in die Gefangenabteilung des städtischen Spitals gebracht und dort isoliert worden. Gingeschleppt ist die Krankheit wahrscheinlich durch Italiener, von denen eine beträchtliche Anzahl im Gefängnis sitzt. Die bis jetzt festgestellten Erkrankungsfälle sind gutartig verlaufen.

# Geschäfts-Gründung.

Hierdurch empfehle ich meinen werten Freunden und Bekannten die von mir am heutigen Tage eröffnete

## Kolonialwaren-, Frucht- u. Kartoffelhandlung.

Ich bitte, mein jüngstes Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.  
Hochachtungsvoll

**F. Neelsen, 42 Fischergrube 42.**

# Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend, sowie Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage die

## Restauration Schlumacherst. 14

käuflich übernommen habe.

Indem ich für gute Getränke und Speisen Sorge tragen werde, er-  
suche ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

**Ludwig Schulz.**

# Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum Lübecks, sowie meinen werten Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich das

## Kolonialwaren-Geschäft Glockengießerstraße 16

übernommen habe. Ich bitte, mein Unternehmen freundlichst zu unterstützen. Für gute Waren bei billigsten Preisen und infanter Bedienung werde ich stets Sorge tragen.

Hochachtungsvoll **Peter Witt.**

# Holz-Verkäufe.

Freitag den 18. März, vorm. 10 Uhr, beim  
Sahwirt Brinkmann in Koberg:  
55 Haufen Eichenreißig, 520 Buchenreißig, 79  
Eichenreißig, 50 Weichholzreißig.

Sonntag den 19. März, vorm. 10 Uhr,  
im „Kollonnen“ in Mölla:  
9 Am Eichen-Kloben, 10 Eichenmüffel, 265  
Buchenkloben, 462 Buchenmüffel, 42 Eichen-  
müffel, 4 Birkenmüffel, 20 Eichen-Brenn-  
kloben, 950 Buchen-Brennkloben, 70 Buchen-  
Brennmüffel, 52 Eichen-Brennmüffel.

Montag den 21. März, vorm. 10 Uhr, in  
der Gärtnerei der Düne Säer in Bor-  
storf:  
58 Haufen Eichenreißig, 151 Buchenreißig, 98  
Eichenreißig, 12 Weichholzreißig, 9 Eichenreißig,  
20 Am Buchen-Holz.

Dienstag den 22. März, vorm. 10 Uhr, in  
der Gärtnerei von Darmsdorfer in Wol-  
tersdorf:  
29 Am Kiefern-Müffel, 181 Eichenreißig.

## Eingetragene Malergehilfen sucht Gust. Behncke, Lindenstraße 37.

Gesucht ein Schuhmacher  
der auch Besätze nähen kann  
Hinterstraße 10.

Ein gr. unterhaltener Koffer  
zu kaufen gesucht  
Grabenstraße 6.

Zu verkaufen ein Aquarium mit Zubehör:  
Springbrunnen, Ablass und Heber, dazu ein  
gehob. grün lackierter Tisch billig  
Hinterstraße 50a, part.

Zu verkaufen eine gut erh. Sportkarte, 8 Stk.,  
ein Handkoffer, 1 Stk.  
Bredestraße 80

Billig: Ein Kinderwagen für Mädchen und  
Billig: ein gutes Kinderbettchen  
Speyerstraße 22, 3. St., rechts.

Mehrere verschiedene Romanhefte  
billig zu verkaufen  
Zugstraße 31, I.

Zu verkaufen eine gut erh. Kinderbettchen  
mit Matratze  
Koblenstraße 9a.

Ein kleines Haus mit 2 Wohnungen ist zu  
verkaufen. Angenehm und überaus billig.  
Zu kaufen in Engelstraße 25.

Abhand. gek. ein gelbbraunes Leder  
Grafenstraße 7, I.

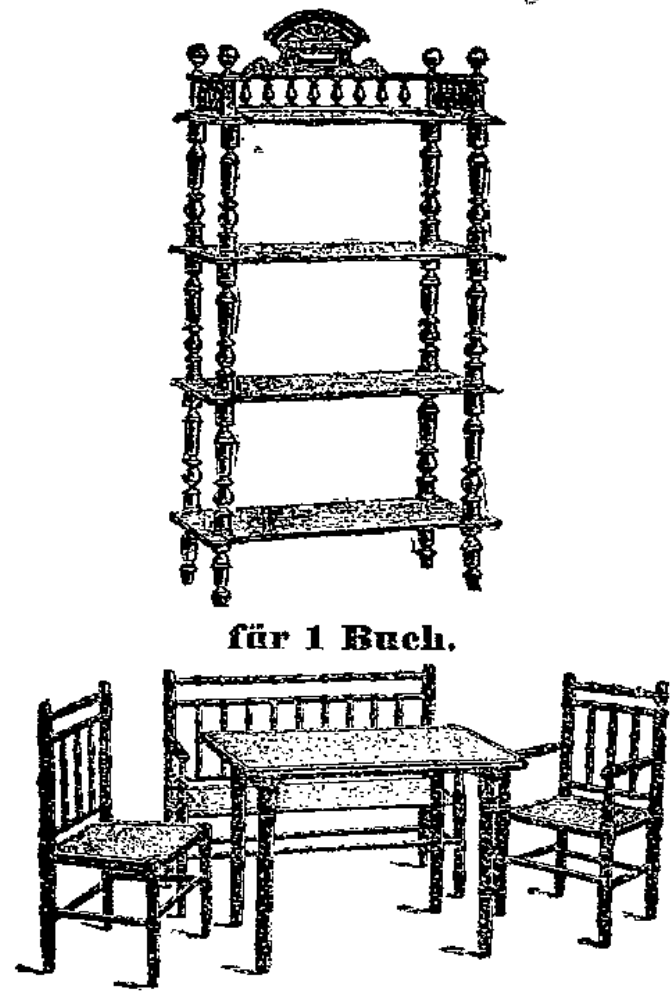
Feine und grobe Wäsche wird immer ge-  
sucht und gewaschen  
A. Fritz Ww., Sandstraße 73.

Zu kaufen ein Kinderwagen und Wäsche,  
Bücher u. Bücherständer empfiehlt sich  
Fr. Müller, Schmalz, Sandstraße 13.

96 Markise  
et. et. und et. 10 Stk. 10 Pfg.  
Hitz (10 Stk.) 99 Pfg.  
John. Brede, Danzigerstraße 37.

Empfehlungs-Karten  
Besteht prompt und sicher  
Die Druckerei des Lbh. Volkshaus

Waren-Rabatt- u. m. b. H.  
Lübeck  
Schüsselbuden 10. Gesellschaft



für 1 Buch.

für 1 Buch.

Sammelbücher mit den Namen der an-  
geschlossenen Geschäfte sind bei letzteren, sowie  
in unserem Laden, Schüsselbuden 10, gratis zu  
haben.

## Der Deutsche Reichstag 1903—1908.

Biographisch-statistisches Handbuch

von  
Joseph Kürschner.

Sämtliche Reichstagsabgeordnete  
sind nach ihren Photographien abgebildet.

Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

## Johann Oldorf

Büchsenmacher u. Messerschmied

wohnt jetzt  
Hinter St. Petri Nr. 7,

früher Goldenstraße 8.

Empfehle Carbide billigst.

## Prima Braten-Schmalz

Pfund 40 Pfg.

Heinr. Muhly

Goldenstraße 14.

## Feinste Meierei-Butter

per Pfund 1.25 Mk. empfiehlt

J. Böttcher, Friedenstraße 66.

## Jungen Leuten!

welche sich dem

Seemannsstande

widmen wollen, empfehle

Total-Ausrüstung

für kleine u. große Fahrt.

H. Prenzlau

Untertrave 67.

## Reinigungssturen

Magen- u. Darm-

leiden, Gicht-

nein, Aufstoßen, Aufsteigen eines Knäuels b. z. Galle,

Abgang von Würmgliedern, Appetitlosigkeit, wech-

selnd m. Heißhunger, Schwindel, Kopfschmerz, Uebel-

keiten u. sind sichere Kennzeichen von Warm-

krankheit! Bandwurm m. Kopf, Spul- u.

Madewürmer! Brut werden radikal, schmerz- u.

gefährlos, ohne Berufsstörung in 1/2-2 Stunden

entfernt. Ueber 2000 Zeugnisse garant. d. Erfolg.

Angabe v. Alter, Geschlecht, allem. Kräfte-

zustand, mit deutlicher Adresse an Th. Ko-

szetzky Spezialist, in Stein, St. Margan,

2 151, Schweiz. Briefporto 20 Pfg.

## Zimmerer

### Verbands-

### Versammlung

am Donnerstag den 17. März

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 59/63

Tages-Ordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

## Stadttheater

7 1/2 Uhr Donnerstag den 17. März, 7 1/2 Uhr.  
173 Borstell. 25. Donnerstags-Abend.  
Ehrenabend: Lilly Herking.  
Probegastspiel: Anna Delar.

A i d a.  
7 1/2 Uhr. Freitag den 18. März, 7 1/2 Uhr.  
Ehrenabend: Kapellmstr. Kad Weiss.  
Die Entführung  
aus dem Serail.

# Nie wieder

bietet sich eine solche Gelegenheit.

Weisse Gardinen, jeft 1.30 . . . . . jeft 60 Pfg.

Crème Gardinen, jeft 1.55 . . . . . jeft 78 Pfg.

Rot Bettsatin, 140 Ctm. breit, jeft 2.20 . . . . . jeft 1.10 Mk.

Bettfedern, jeft 2.50 . . . . . jeft 1.50 bis 35 Pfg.

Waschstoffe, jeft 90 Pfg. . . . . jeft 55 Pfg.

Schw. Kleiderstoffe, jeft 2.10 . . . . . jeft 1.05 Mk.

Schürzenstoffe, jeft 88 Pfg. . . . . jeft 52 Pfg.

Damen-Röcke, jeft 5.50 . . . . . jeft 1.85 Mk.

Weiss Bettsatin, 140 Ctm. breit, jeft 1.55 . . . . . jeft 98 Pfg.

Schw. D.-Glacee-Handschuhe jeft 2.85, jeft 65 Pfg.

Schw. H.-Glacee-Handschuhe jeft 3.00, jeft 65 Pfg.

Sämtliche

Lederhosen, Blusen und Parchendhemde  
unter Einkaufspreis.

Schirme \* Wäsche \* Kravatten

etc. etc.

für die Hälfte des Wertes.

# Mädge Deckenbrock

# & Ahrens

Königstrasse, Ecke Huxstrasse.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Lübeck und Umgebung“, sowie der mit J. St. geschriebenen Artikel und Notizen: Otto Friedrich.  
Verantwortlicher Redakteur für die Artikel „Lübeck und Umgebung“, sowie die mit J. St. geschriebenen Artikel und Notizen: Johann und Stellung - Verleger: Theodor Schwart  
Lübeck, den 17. März 1908. - Druckerei des Lbh. Volkshaus

## Wie die Mandtschurische Eisenbahn gebaut wurde.

Wp. Die Mandtschurische Eisenbahn ist jetzt für die russische Kriegsführung Eins und Alles. Von ihrer Leistungsfähigkeit hängt es ab, ob Truppen in genügender Zahl und rechtzeitig auf den Kriegsschauplatz gestellt werden können, desgleichen die Zufuhr von Nahrungsmitteln, Munition u. Die volle Wahrheit darüber, wie es um diese Leistungsfähigkeit bestellt ist, wird man freilich erst nach dem Krieg erfahren. Aber schon jetzt wirkt ein interessantes Schlaglicht darauf die folgende Schilderung des russischen Univeritätsprofessors Migulin in seinem in Rußland selbst erschienenen Werke über die Vorgänge beim Bau der genannten Eisenbahn:

Der Bau der Mandtschurischen Eisenbahn hat unter der tatkräftigen Mitwirkung des energischen Herrn Kerbez begonnen und gleich von Anfang an waren auch andere Persönlichkeiten daran beteiligt, die schon von der Wladikawassischen Eisenbahngesellschaft her bekannt sind. Zum Leiter des Baues wurde der polnische Ingenieur Jugowitsch ernannt, der sich schon bei der Uralbahn durch seine tüchtigen und schlechten Arbeiten ausgezeichnet hatte. Die Gesellschaft wurde sofort als perfekt erklärt, nachdem die Aktionäre ihre ersten Aktienbeiträge eingezahlt hatten. Die Aktien wurden auf gekauft von allerlei Geschäftsmachern, nicht in der Hoffnung auf eine Dividende, auf die man unmöglich rechnen konnte, sondern ausschließlich in der Erwartung auf einen Anteil an den Bauarbeiten der Eisenbahn, die bei der unsicheren und tatsächlich fast gar nicht vorhandenen Kontrolle in diesen unbesiedelten und entlegenen Gegenden große Profite versprachen. Selbstverständlich ist jedes große Unternehmen mit gewissen Verlusten verbunden und kann unmöglich vor allen Untersuchungen geschützt werden, wenn die Arbeiten fern von kulturellen Zentren geführt werden müssen, wenn man nur schwer wirklich ehrliche und sachkundige Leute gewinnen kann und sich mit allen möglichen Abenteurern von zweifelhaftem Ruf begnügen muß, die nichts zu verlieren haben, aber mit einer eisernen Energie und Unternehmungslust begabt sind. Die Hauptleiter konnte und mußte man freilich unter Persönlichkeiten suchen, die Ehrlichkeit mit gediegenen organisatorischen Fähigkeiten vereinen; und solche Leute mußte man (wenn auch gegen teures Geld) für eine so schwierige und örtlich entlegene Unternehmung gewinnen; freilich Unterbeamte von gleicher Qualität zu gewinnen wird in solchen Fällen immer unmöglich sein. Derselben Erscheinung begegnen wir nicht nur bei uns, sondern auch in Ländern, die auf einer höheren Kulturstufe stehen und unter geordneteren Verhältnissen leben, unter Verhältnissen, die eine regelrechte Kontrolle ermöglichen: man denke nur an die bekannte Geschichte des Panamakanals. Begehen ja die kulturellsten Völker ganz allgemein, wenn sie in wenig kulturellen Gegenden zu arbeiten gezwungen sind, so ungewohnte schwere Mißgriffe, wie sie nicht einmal bei uns im „barbarischen“ Rußland vorkommen. (Siehe die kulturträgerischen Taten der Deutschen und Engländer in Afrika, der Amerikaner auf den Philippinen.) Es wäre daher mehr als natw gewesen, Uneigennützigkeit und Selbstlosigkeit von den Bauarbeitern der Mandtschurischen Bahn zu erwarten und das hat auch niemand getan. Aber die Wirklichkeit übertraf jede Erwartung. Wenn auch die Arbeiter schnell vor sich gegangen sind, so wurde doch bei dem Bau in einer unglaublich verschwenderischen Weise gewirtschaftet und in aller Öffentlichkeit geklaut und betrogen. Die Arbeiter wußten nicht einmal, Dokumente zu einer rein formellen Rechtfertigung beizubringen. Es herrschte bei dem Bahnbau völlige Willkür. Ein zusammengekauftes Gefindel von allerhand Abenteurern, Russen und Nicht-Russen, drängte sich zum Bau. Die Handlangerarbeiten führten die mit ein paar eiseren Pfennigen bezahlten

chinesischen Kulis aus. Überall ein wüßes, zügelloses Treiben. Das alles nach den Nachrichten, die in die Presse gedrungen sind. Von den Dingen, die nicht weiter bekannt geworden sind, will ich nicht weiter sprechen. Wie die Erbauer es angestellt haben würden, vor der Regierung Rechenschaft über die Veruntreuung der Staatsgelder abzulegen, wissen wir nicht. Zu ihrem Glück brach 1900 der Völkeraufstand aus; die Chinesen überfielen das russische Territorium, griffen die im Entstehen begriffene Mandtschurische Bahn an und zerstörten einen Teil der bereits vollendeten Bauten. Natürlich war damit die Möglichkeit geboten für alle Mißstände die Chinesen verantwortlich zu machen, die alle Dokumente und die „mustergültigen“ Bauten vernichtet haben sollten.“

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der Streik der Tischler und Maschinenarbeiter bei der Firma Wertschütz in Runnersdorf ist zugunsten der Arbeiter beendet. Erreicht wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, für Maschinenarbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 4 1/2 Pf., für Akkordarbeiter um ca. 8 bis 10 Proz. Ueberstunden werden mit 5 Pf., Sonntagen mit 10 Pf. erhöht bezahlt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Zur Schlichtung etwaiger Differenzen wurde eine Kommission gewählt und anerkannt. Sämtliche 56 im Ausstand befindliche Arbeiter haben Montag die Arbeit bereits wieder aufgenommen. — Die Mälzereiarbeiter in Nordhausen sind in den Ausstand getreten. — Die Korbmacher Kopenhagens sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie ersuchen die deutschen Verwerkskollegen, den Zugzug fernzuhalten. Eventuelle Anfragen sind zu richten an B. Danielski, Kopenhagen (Dänemark), Sönder Alle 27. Bahy.

**Der Kampf um den Zehnstundentag in der Textilindustrie** kann durch keine Auszehrung der Arbeiter, durch keine Volkseinstimmigkeit mehr unterdrückt werden. Noch haben sich die Gewitterwolken vom Niesenkampf um den Zehnstundentag in Krimmichau nicht ganz verzogen und schon zeigen sich am politischen Horizont der Arbeiterbewegung, aber an anderer Stelle, Anzeichen eines neuen herausziehenden Gewitters. Wie ein Blitz aus heterem Himmel traf die Textilarbeiter die Kunde von der Einführung des Norihropwebstuhls, eine maschinelle Erfindung, die sieben Achtel der Arbeiter in den Webereien überflüssig zu machen imstande ist. Wenn kein Mittel bis jetzt imstande war, die Arbeiter in der Textilindustrie im schwäbischen Bayern zur Befassung zu bringen, so ist es die Einführung dieser Maschine. Am Sonnabend veranstalteten die Textilarbeiter Augsburgs und Umgegend eine große Demonstration für den Zehnstundentag. In einer nach Tausenden zählenden Versammlung sprach Strumpfwarenfabrikant Elbel aus Sulza (Hirsch-Dumder) über die Notwendigkeit einer kürzeren Arbeitszeit in volkswirtschaftlicher und hygienischer Beziehung, Werksdirektor Lanz aus München (Christliche Gewerkschaften) über die Frauenarbeitszeit und Redakteur Albin Reichelt aus Garmisch (Freie Gewerkschaften) über den Bestand der Zehnstundentagsbewegung. Zu dieser ungeheuer stark besuchten Textilarbeiterversammlung — in Augsburg ein Ereignis — war die Fabrikinspektion und der Augsburger Verband der Industriellen eingeladen. Während erstere durch zwei Beamte vertreten war, schätzten die Fabrikanten nur ihre „Weldereiter“. Die Versammlung nahm einstimmig eine den Zehnstundentag fordernde Resolution an, die darin gipfelt, eine von den drei Zentralverbänden unterzeichnete Petition, betreffs gesetzlicher Festlegung des Zehnstundentages, an den Reichstag zu richten.

**Wie Unternehmer bestraft werden.** Dem Reichstag ist, wie kurz unter „Kl. pol. Nachr.“ gemeldet, ein Nachweis zugegangen über die rechtskräftigen Verurteilungen von Unternehmern wegen Verletzung der Arbeiterschutzbestimmun-

gen. Rechtskräftige Verurteilungen fanden im Jahre 1902 5621 statt. Vier Personen wurden zu Gefängnis, 5939 zu Geldstrafen verurteilt, und zwar zu so niedrigen Geldstrafen, daß sie beinahe einen Anreiz für Unternehmer bilden, die Schutzbestimmungen zu umgehen im Interesse des Profits, zumal lange nicht alle die Gesetzesverletzungen zur Kenntnis der Gewerbeaufsichtsbeamten kommen. So wurden 3030 Unternehmer zu je 3 M., 1815 zu je 5 M., 631 zu je 10 M., 395 zu je 10—20 M., 68 zu je 50 bis 100 M., 14 zu je 100—200 M. und 5 zu über 200 M. Geldstrafe verurteilt. Die Gewerbeordnung setzt Strafen fest bis 20, 30, 150, 600 und 2000 M. Selbst in solchen Fällen, wo es sich um das so verderbliche und verwerfliche Trudhstern handelte, wo bis zu 2000 M. Geldstrafen verhängt werden können, sind Strafen von 3—10 M. aufgeführt. Noch krasser wird das Bild, wenn man beachtet, daß im Jahre 1902 in 15 639 Betrieben nicht weniger als 45 511 Zuwiderhandlungen gegen die Gewerbeordnung festgestellt wurden, so daß über 39 000 Zuwiderhandlungen straflos blieben. Eine größere Milde gegen das ausbeutende Unternehmertum ist nicht denkbar. An den verhängten Strafen sind u. a. beteiligt: Industrie der Steine mit 605 Fällen, Maschinenindustrie mit 235 Fällen, Metallindustrie 475, Textilindustrie 297, Holz- und Schnitzstoffe 344, Papierindustrie 104, Nahrungsmittelindustrie 1532, Bekleidungsindustrie 718 und Baugewerbe mit 352 Fällen.

**Die Kantabartergenossenschaft Nordhausen,** welche von den Nordhäuser Arbeitern für die ausgeperrt gebliebenen Kantabarter begründet wurde, verendet ihren Geschäftsbericht über das dritte Geschäftsjahr. Daraus ergibt sich, daß das Unternehmen einer geblühenden Entwicklung entgegengeht. Die Vergangenheit war für das Unternehmen nicht allzu rosig. Die Kantabarone suchten aus wohlverstandenen Interessen dem Unternehmen den Boden abzugraben, daß sie ihre Arbeiter zwangen, die Anteile zu kündigen. Es mußten deshalb 61 Anteile mit 3050 Mark ausbezahlt werden, was dem ohnehin nicht kapitalkräftigen Unternehmen durchaus nicht angenehm sein konnte. Die übrige Arbeiterschaft deckte hiervon jedoch 40 Anteile, sodas gegenwärtig wieder für 14 560 Mark Genossenschaftsanteile vorhanden sind. Außerdem versuchten die Gegner des Unternehmens, der Genossenschaft die Bezugsquellen abzugraben. Ja, ein Buchhalter, der früher bei Redderben beschäftigt war, und sich der Genossenschaft angeboten hatte, mußte sofort entlassen werden, weil man zu der Ueberzeugung kam, daß er das Unternehmen in privatkapitalistische Hände zu bringen suchte. Auch mit Schwierigkeiten in den eigenen Reihen hatte das Unternehmen schwer zu kämpfen. Alle diese Schwierigkeiten sind überwunden worden; und sie haben es nicht verhindern können, daß die Genossenschaft nunmehr wesentlich gefestigt dasteht. Der Umsatz hat sich im letzten Jahre von 161 000 Mark auf 170 000 Mark erhöht. Der Reingewinn stieg von 821,35 Mark im Vorjahre auf 5423,85 Mark in diesem Jahre. An dem Umsatz partizipierten die Konsumvereine im vorigen Jahre mit 44 000 Mark, im letzten Jahre mit 55 000 Mark. Der durchschnittliche Wochenlohn der Spinner und Kollchenmacher, welche im Akkord beschäftigt werden, betrug im Vorjahre für Spinner 25 Mark, für Kollchenmacher 21 Mark, die weiblichen Arbeiterinnen werden mit 8 Mark entlohnt. Somit stellt sich, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, der Verdienst der männlichen Arbeiter um drei Mark pro Woche höher, als sonst in Nordhausen üblich. Für die weiblichen im Tagelohn beschäftigten Personen um 50—80 Pf. pro Woche höher. Die Konsumvereine von Kantabat haben demnach alle Ursache, das Unternehmen auch weiterhin zu fördern. Sie tragen nicht nur dazu bei, besser bezahlten und besser behandelten Arbeitern eine Arbeitsgelegenheit zu bieten und gemäßigteren Personen einen Unterhalt zu verschaffen, sondern vor allem bietet die Kantabartergenossenschaft einen Rückhalt für die gesamte Arbeiterschaft der Kantabatindustrie. Die Kantabarone können es nicht wieder wagen, in so brutaler Weise

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

80. Fortsetzung.

Die Beamten im Zimmer waren erst vor kurzer Zeit gekommen und schienen überhaupt nicht recht zu wissen, was sie hier eigentlich sollten. Klingensbruch freilich sah von dem Allen nichts; sein Auge, aus dem sich jetzt ein paar einzelne Kränen blickten, hing an dem bleichen Antlitz des Freundes, und zu ihm tretend und seine Hand auf die kalte Stirn des Toten legend, sagte er mit leiser, schmerzgebrücker Stimme: „Armer, armer Freund, so muß ich Dich wiedersehen! Oh mein Gott, mußte denn das sein, und hattest Du Niemanden, dem Du Dich vertrauen konntest?“ „Es ist ein recht trauriger Fall, Herr Oberstleutnant,“ sagte der Beamte. „Sie wissen wohl nicht, ob der Verstorbene hier noch Verwandte in der Stadt hat?“ „Freunde genug,“ sagte Klingensbruch, „aber keine Verwandten. Seine Eltern wohnen auswärts, aber er hat seine Braut, mit der er in wenigen Tagen verbunden werden sollte — ja, wenn ich nicht irre, war der Hochzeitstag auf heute oder morgen bestimmt — hier in der Stadt.“ „Hier liegen Briefe,“ sagte Schaller, der sich indessen im Zimmer umgesehen hatte, „und aus denen werden wir auch wohl später die Motive der Tat erfahren. Der eine Brief ist an Fräulein Konstanze Blendheim, der andere an den Notar Püster.“ „Dort werden wir also Aufschluß und die nötigen Befragungen erhalten,“ sagte der Beamte und streckte die Hand nach den Briefen aus. Schaller reichte sie ihm und behielt nur noch den dritten in der Hand. „Diesen,“ sagte er, „kann ich gleich selber übergeben, denn ich gehe augenblicklich zu Solbergs hinaus; er ist der junge Baron.“ „Wenn Sie das übernehmen wollten, Herr von Schaller,“

entgegnete ihm artig der Beamte — „die anderen werde ich sofort an ihre Adressen befördern. Hier, Müller,“ wandte er sich dann an Einen der Leute, die ihn begleiteten, „mit dem Briefe gehen Sie direkt zu Notar Püster und ersuchen den Herrn Notar, sich so rasch als irgend möglich her zu bemühen, — ich werde ihn hier erwarten — den andern Brief an die junge Dame geben Sie nebenan in dem Hause ab.“ „Wäre es nicht besser,“ sagte Klingensbruch, „das Schreiben an Fräulein Blendheim ebenfalls dem Notar Püster anzuvertrauen? Wenn sie in ihrem jetzigen Zustande — so ganz unvorberichtet...“ „Sie haben Recht, Herr Oberstleutnant. — Also geben Sie die beiden Schreiben bei Notar Püster ab, der schon darüber verfügen wird, und eilen Sie sich ein wenig, damit wir unser Geschäft hier rasch erledigen.“ „Es war wirklich nur ein Geschäft. Die Worte wurden in Gegenwart der Leiche so laut und rücksichtslos gesprochen, daß es Klingensbruch dabei ordentlich einen Stich durch's Herz gab.“ „Er stand wieder schweigend vor dem Toten und sah in die stillen Züge, die das Geheimnis seiner letzten Stunde bargen.“ „Kommen Sie, Klingensbruch,“ sagte da Schaller, der sich nicht behaglich in dieser Umgebung fühlte, ohne aber besonders erregt zu sein, „wir wollen gehen, denn wir können hier doch nichts mehr nützen und stehen nur im Wege.“ Klingensbruch folgte fast willenlos, und als er wieder hinaus ins Freie trat, atmete er tief und wie qualvoll auf. Beide wechselten auch kein Wort mehr mit einander, bis sie die nächste Ecke erreichten. Dort blieb Schaller stehen und sagte, dem Oberstleutnant die Hand reichend: „Ich will hier nach Solbergs abbiegen, lieber Freund. Bitte, empfehlen Sie mich zu Hause. Das ist wirklich ein trauriger Fall und schmerzt mich tief; doch Alles bei Ihnen zu Hause wohl?“

„Ich danke Ihnen, ja, leben Sie wohl, Herr von Schaller,“ sagte Klingensbruch und schritt langsam der Richtung zu, die nach seiner eigenen Wohnung führte. Schaller indessen verfolgte den Weg nach Solbergs, weniger aber aus Teilnahme für den Geschiedenen, als aus Neugierde, denn er hoffte durch Hans von Solberg, der ja doch immer das Herz auf der Lunge hatte, gleich Ausführliches über den ihm vollständig unerklärlichen Fall zu hören. Er war aber trotzdem dabei mit seinen Gedanken abwesend, denn eine Menge der verschiedensten Dinge gingen ihm durch den Kopf. Er schritt auch, ohne sich umzusehen oder einen der ihm Begegnenden zu bemerken, vorwärts, als er sich plötzlich angerufen hörte. „Hallo Schaller, wohin?“ „Als er aufschah, stand Kauten vor ihm.“ „Guten Morgen, Kauten! Wohin? Zu Solbergs. Woher? Von Dürbeds Leiche. Haben Sie die Geschichte schon gehört?“ „Es wurde heute Morgen davon in der Stadt gesprochen. Er hat sich erschossen.“ „Ja, aber weshalb? Kein Mensch hat eine Ahnung.“ „Graf Kauten zuckte mit den Achseln. „Wie mir heute Morgen gesagt wurde, vermutet man, daß Kene über die geschlossene und nicht mehr rückgängig zu machende Verbindung die Schuld gewesen. Wer weiß denn, was ihn dazu getrieben, denn ohne Grund schießt sich kein Mensch eine Kugel durch den Kopf.“ „Sie waren nie befreundet mit Dürbed?“ „Besonders befreundet, nein. Wir sind uns auch nur wenig begegnet; aber was wollen Sie so früh bei Solbergs?“ „Einen Brief an Hans abgeben, der auf Dürbeds Schreibtisch lag.“ „Einen Brief an Hans? Zeigen Sie einmal,“ sagte Kauten, viel rascher und teilnehmender, als er bis jetzt gesprochen.

Ihre Arbeiter auszupeppen und allen Einigungsversuchen gegenüber sich ablehnend zu verhalten, wie vor drei Jahren, wenn eine gut fundierte und leistungsfähige Genossenschaft auf arbeiterfreundlicher Basis besteht. Daher auch die große Feindseligkeit des Unternehmertums gegen die Genossenschaft.

### Aus Nah und Fern.

Von einer niederträchtigen Bosheit gegen ein Dienstmädchen erzählt die „Märk. Volksstimme“, welche Frau Handelskammersekretär Fechner in Rotbus sich an ihrem 15jährigen Dienstmädchen Anna May habe zu schulden kommen lassen, indem sie von einem Felleur dem Mädchen ihr schönes Haar vom Kopfe schneiden ließ und die Haare im Ofen verbrannte. Alles Witten und Flehen des armen Mädchens, ihr doch die Haare zu lassen, da sie sich geniere, mit kurzen Haaren herumzulaufen, half nichts. Die Frau behauptete, es dauere zu lange, wenn das Mädchen sich morgens ihr Haar ordne. Das Mädchen steht in der Welt ohne Eltern; es soll aber doch in ihrem Namen Strafantrag gestellt werden.

Ein eigenartiger Selbstmordversuch beschäftigte am Sonnabend das Kriegsgericht in Chemnitz. Der 20jährige Unteroffizier Emil Hermann Vogel von der 11. Kompanie des 9. Infanterie-Regiments Nr. 133 (Zwidan) hatte am 27. Januar (Kaisers Geburtstag) bei dem Festsessen im Unteroffizierskasino mehr getrunken, als er vertragen konnte. In diesem Zustande versuchte er, einen Kameraden um 3 Uhr anzubringen, hatte damit aber keinen Erfolg. Hierauf äußerte er: „Dann muß ich mich erschließen!“ Auf diese Aeußerung hatte der Kamerad aber mit Rücksicht auf den Zustand des Vogel keinen Wert gelegt. Vogel kam kurz nach 8 Uhr zur Kompanie zurück. Auf dem Korridor nahm er ein Gewehr und lud dasselbe mit einer scharfen Patrone. Hierauf forderte er nach einander drei seiner Untergebenen auf, nach ihm zu schießen. Das war in der Mannschafstube. Der erste Soldat weigerte sich mit den Worten: „Nein, auf meinen Unteroffizier schieß' ich nicht!“, ein anderer erkannte auch das Bedenkliche der Situation, nahm schnell die Patrone heraus und steckte sie in die Hosentasche. Vogel hatte es aber bemerkt und nahm ihm die Patrone wieder ab, um das Gewehr aufs neue zu laden. Dem dritten Soldaten, dem Vogel befahl, auf ihn zu schießen, riefen die Kameraden zu: „Schieß' nicht, oder vorbei!“ Der Soldat schob weit nach rechts und das Geschloß drang durch die Tür eines Mannschafstüchters in die Wand. Hätte der Soldat auf Vogel gezielt, wären die schrecklichen Folgen eingetreten, denn hinter B. fanden die anderen Soldaten (28) eng zusammengedrängt. Vogel tadelte den Mann wegen des Vorbeischießens, ließ die Spurnen des Schusses besichtigen und gebot den Soldaten, Stillschweigen über den Vorfall zu bewahren. Dem Schuß hatte aber der Unteroffizier vom Dienst gehört, der dazu kam. Vogel wurde alldahin verhaftet und zunächst im Garnison Lazarett auf seinen Seifezustand untersucht, als normal befunden und dann in Untersuchungshaft genommen. Er hatte sich nun wegen Unterschlagung — der scharfen Patrone, die er auf dem Bettkammer Schloßplatz gefangen haben will — und Mißbrauch des Dienstgewalts als Vorwand genommen. Das Gericht verurteilte ihn wegen des ersten Delikts zu 14 Tagen Arrest, wegen des zweiten aber erkannte es auf Freisprechung; es hatte angenommen — entgegen dem ärztlichen Gutachten — daß bei Vogel zur Zeit der Tat die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.

Eine Kellertwechselfabrik. Nach überwundener Verhandlung vor der Strafkammer in Zwickau wurde am Abend der Kellertwechselfabrik gegen den Kaufmann Händel und 13 seiner Gesellen mit der Verurteilung des Urteils zu Ende geführt. Händel war angeklagt in einer sehr großen Zahl von Fällen Wechsel, deren Abwärtigen verdingelichte Leute waren, die ihr Akzept gegen eine geringe Entschädigung hergaben, an rollende Firmen gegen eine größere oder geringere Vergütung verkauft zu haben. Ebenso Kaufmann Reuter in Leipzig. Die Gesellen mußten sich verpflichten, die Wechsel zur Verfallzeit einzulösen. Die Akzeptanten bekamen ihr Akzept in Blanko gegebenes Akzept an wieder zu haben. Der Wechselbesitzer erfuhr sich über ganz Deutschland, namentlich gingen auch sehr viel Wechsel nach Südwestdeutschland. Verkauf wurden auch mit anderen Fabrikanten solcher Wechsel in Dresden,

Königsberg i. B. und anderen Orten die Papiere getauscht. Während verschiedene Gerichtshöfe in gleichartigen, freilich nicht so zahlreichen Fällen auf Freisprechung oder Einstellung des Verfahrens erkannt hatten, trat in Zwickau Verurteilung ein. Verurteilt wurden Kaufmann Händel zu drei Jahren, Agent Lorenz zu sechs Monaten, Rechtskonsulent Eppler zu 20 Monaten, Agent Müller zu 10 Monaten, Agent Geilkrant zu sechs Monaten, Dachdecker Georgi zu sechs Monaten, früherer Buchdruckerbesitzer Jünimier zu zwei Monaten, Kaufmann Reuter in Leipzig zu drei Jahren neun Monaten, Färbereibesitzer Datschow in Glauchau zu fünf Monaten, Gärtner Großmann in Greiz zu 11 Monaten, Kaufmann Cunie in Königsberg i. B. zu sechs Monaten, Agent Keller Halle zu 15 Monaten, Kaufmann Koch in Rennerthausen und Kaufmann Schulze in Magdeburg zu je 10 Monaten Gefängnis.

Wahres Geschichtchen. Leutnant (zu den eben eingekleideten 44 Einjährigen des Regiments): „Wer 'nen Orden hat, vortreten!“ Pause und Grabesstille. „Wer 'ne Rettungsmedaille hat, vortreten!“ Pause und Grabesstille. „Schlappe Gesellschaft!“

Wer die Wahrheit sagt, wird — angetwiefen. Die „Neuesten Nachrichten“ des Bundes berichten aus Petersburg über einen aufsehenerregenden Vorfall, der gelegentlich einer Produktion des polnischen Geigenkünstlers Baderewski am Hofe des Zaren sich abspielte. Der Zar war über die musikalischen Leistungen Baderewskis in hohem Grade entzückt, beehrte den Künstler mit einer lobenden Ansprache und bemerkte, daß es ihn besonders freute, eine solche Begabung bei einem Russen bewundern zu können. Darauf antwortete Baderewski: „Verzeihen Sie, Majestät, ich bin ein Pole.“ Am selben Tage erhielt Baderewski, der in Petersburg eine Reihe von Konzerten geben sollte, von der Polizei den Auftrag, binnen vierundzwanzig Stunden die Stadt zu verlassen, zugleich wurde ihm bedeutet, daß er für immer aus Petersburg ausgewiesen sei. In den Zeitungen aus hier es zur Aufklärung des Falles, Baderewski hätte aus unvorhergesehenen Gründen seine Konzerttournee unterbrechen müssen.

Einem eigentümlichen Selbstmordversuch aus Liebesgram unternahm in Lichtenwörth (Niederösterreich) die 19jährige Hausbesitzerstochter Anna Brandt. Sie füllte einen Topf mit Pulver und Schrot, legte einen glühenden Feuerstein hinein und setzte sich dann auf das Gefäß. Sie erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

Einert, der sich zu helfen weiß. In Friesland ist es in gewissen Dörfern noch Sitte, daß der Gemeinbediener von Haus zu Haus geht, um die Geburt oder den Tod eines Menschen anzuzeigen. Wenn er ein neugeborenes Kindlein zu melden hat, zieht er weiße Handschuhe an; ist jedoch ein Todesfall zu verkünden, so trägt er schwarze Handschuhe. Unlängst geschah es nun, daß in einem Dorfe eine arme Frau ein Kind zur Welt brachte, das bald nach der Geburt starb. Der Gemeinbediener — so erzählt ein niederländisches Blatt — war in großer Verlegenheit: wußte er doch nicht, was für Handschuhe für diesen besonderen Fall paßten. Schließlich half er sich, indem er einen schwarzen und einen weißen Handschuh anzog; in dieser seltsamen Toilette trat er dann seinen Wegbegang an.

Die Vielweiberei der Mormonen. In Washington spielt sich augenblicklich ein interessanter Prozeß ab, dessen Mittelpunkt der Mormonenälteste Mr. Smoot ist, der als Mitglied in den Senat gewählt wurde. Mr. Smoot ist nicht nur der Vielweiberei angeklagt, sondern auch unter Anklage gestellt, das Gelübde getan zu haben, die Interessen seiner Kirche über die Interessen der Vereinigten Staaten zu stellen. Falls sich dies nachweisen läßt, verliert Mr. Smoot die Berechtigung, Mitglied des Senats zu sein. Als Zeuge war das Oberhaupt der mormonischen Sekte, Präsident Smith, geladen worden. Er erklärte vor dem Senatkomitee, daß er selbst fünf Frauen habe, die er jedoch alle vor dem Jahre 1890, d. h. 6 Jahre vor dem Verbot der Polygamie durch die Konstitution des Staates U.S., ehelichte. Er behauptete, daß seit dem Jahre 1890 in der Mormonenkirche keine Verehelichung eines bereits verheirateten Mormonen mehr stattgefunden habe, gab aber zu, daß die meisten der „Apostel“ mehrere Frauen besitzen und daß er selbst von seinen Frauen, auch nach dem Verbot der Vielweiberei, Kinder erhalten habe. Die Untersuchung des Senatkomitees wird fortgesetzt.

New York. Eine religiöse Wahnsinns-epidemie ist auf einer amerikanischen Fischerinsel ausgebrochen. Evangelisten verletzten die meist aus Fischern bestehende Bevölkerung der Insel Seal in Maine derartig

in Aufregung, daß ein epidemisch religiöser Wahnsinn ausbrach, der die Behörde einzuschreiten veranlaßte. Eine Mutter wollte ihre sämtlichen Kinder und ihre ganze Habe opfern, um die „ewige Seligkeit“ zu erringen. Mehrere Frauen wurden den Irrenanstalten überwiesen. Die Kirchen sind vorläufig polizeilich geschlossen worden. Den Evangelisten waren Sendlinge der Mormonen vorausgegangen, die die Seelenruhe der harmlosen Bevölkerung gestört hatten.

### Ständesamtliche Nachrichten

vom 6. bis 12. März 1904.

#### Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

28. Februar. Arbeiter C. A. Mauritz. 1. März. Gärtner C. F. A. Knaat. 2. Oberlehrer Dr. phil. E. G. Gilbert. Arbeiter G. S. L. G. Denter. 3. Arbeiter G. J. G. Wient. 5. Arbeiter W. Ch. A. Timde. Schriftsetzer G. E. Schmidt. Arbeiter W. J. J. Stegmann. Schlosser A. E. Frölich. 6. Kaufmann U. E. J. Buuf. 8. Händler R. W. G. Scheel. 9. Stellmacher F. Konopka. Arbeiter G. S. Schumacher. 10. Kaufmann Ch. Th. Pispstadt. Glasermeister Th. Müller.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

28. Februar. Kaufmann W. A. C. Berlin. 29. Tapezierer F. R. W. Homann. 1. März. Zimmermann J. R. F. Brinkmann. 2. Maler C. F. Ch. A. B. Braune. Matrone G. F. Samariter. Arbeiter G. M. J. Weidemann. 3. Tischler G. J. G. Bornholt. 4. Zimmermann G. F. W. Wichmann. Schmied R. E. A. Gauger. Arbeiter F. J. C. Boldt. 5. Kaufmann J. G. L. Rath. Maurer G. A. J. J. Kahl. Arbeiter F. M. G. Schlüter. Arbeiter A. Ch. G. Wulff. 6. Revisions-Mitglied F. G. Haedcke. 7. Arbeiter J. F. W. Pries. 8. Arbeiter W. G. Th. Hasselfeld. 9. Schmied G. E. L. Meier. Glaser J. K. E. Schächte. Buchhalter C. J. G. Ketschahn. Müller C. Ch. Ch. B. W. Karus. 10. Kunstmalers J. B. Schnell. Brauführer R. A. Heede. Kaufmann C. F. G. W. Deede.

#### Sterbefälle.

5. März. C. G. Ch. geb. Demuth verm. Oldenburg, Ehefrau des Hauszimmergehilfen H. F. C. Bründel, 78 J. 6. E. W. L. Schönung, 9 M. U. C. M. geb. Koop, Witwe des Arbeiters J. L. G. Bentin, vorher verm. Flägel, 86 J. Ch. M. D. Berkentien, 3 M. D. G. C. geb. Hartig, Witwe des Schiffers B. Ch. H. Stamer, 79 J. 7. W. F. W. Mull, 5 J. 8. G. H. A. Langhans, 5 M. W. F. D. Stutenbeck, 2 J. M. Ch. M. geb. Poppe, Witwe des Arbeiters F. M. G. Ehlers, 78 J. 9. C. E. J. geborene Polsh, Witwe des Schlossers Georg Carl Heinrich Haack, 67 J. 10. D. M. E. geb. Seemann, Ehefrau des Werkmeisters U. Chr. G. Bland, 55 J. F. B. Kooft, 9 M. G. N. C. Grimm, 1 J. 4 M. E. A. M. E. geb. Meyer, Ehefrau des Arbeiters E. G. F. Groth, 29 J. E. S. Müller, 3 M. 11. R. A. Gdaniek, 10 M. F. geb. Hooper, Ehefrau des Kaufmanns C. B. D. C. W. Petersen, 50 J. Handlungsgeschäfte W. L. C. Spethmann, 36 J. Witwe C. M. Körner geb. Alten, 76 J. 12. Ein totes Kind, 2. Arbeiter G. J. J. Tretow. 12. M. E. M. C. Hauenstein, 1 Jahr 10 Mon.

#### Angedruckte Aufgebote.

7. März. Arbeiter C. F. A. W. Trill und U. J. M. Hilow. Eisenbahn-Assistent H. F. F. Thiel und M. U. C. Holz zu Warnemünde. Arbeiter K. J. F. Lange und F. C. D. Eggers zu Wieschendorf. 8. Arbeiter G. W. J. Orban und J. Chr. Holdt. Heisender C. G. H. Ehlers und U. E. S. C. Rehbohm. Arbeiter U. G. F. Sprant und M. G. J. Mengel. Paarhändler D. C. W. Looft und U. L. D. Limm. 9. Grenzauflieger D. G. C. Eggert zu Hamburg und U. M. F. Eggers. Kapellmeister K. M. Lion und Ch. E. C. Werner. Schmied G. J. J. Schoening zu Bani und W. U. B. Wenschow. Schmiedegeselle J. G. Niemann und E. U. Pawlowsky zu Biala. Bahnarbeiter J. G. F. Schumann zu Schmilau und L. D. C. Dödder zu Dorf Muffin. 10. Geschäftsfreisender F. L. F. Doerbed und C. W. Th. Schumburg. Gartenarbeiter C. J. G. Fied und A. G. C. Ruge. Lehrer A. F. J. Koch und C. M. C. R. Nehmann. 11. Fabrikant F. W. C. Wengenroth und M. Bernhöft. Ingenieur U. F. Meyer zu Göttele g und U. M. E. Schindler. 12. Buchhändler G. K. L. F. C. J. Borgmann zu Bülow und J. U. J. Cordts. Seemannschiff U. G. H. Ohms und J. F. L. Geßelbrecht. Maler W. G. J. Schlichting zu Travemünde und G. W. Schmidt. Gülfsbremser J. U. Th. Thors und U. M. U. G. Edmann. Maurer W. G. J. Rehder und G. L. M. Schmück. Schriftsteller L. C. D. Vorup und U. Wegner.

#### Spezialtaugung.

9. März. Oberlehrer am Realgymnasium Dr. phil. J. G. J. W. Frank und B. J. Baethke. Schlosser C. F. A. Jensen und E. D. M. Benthien zu Gadebusch. 11. Kaufmann J. U. L. Meyer und L. F. J. G. H. G. H. 12. Maschinist C. J. G. Lembcke und W. G. F. Weidemann. Eisenendreher F. Subalowsky und Chr. D. M. Palm.

Schaller nahm ihn aus der Tasche. Er bestand augenblicklich nur aus einem in ein Kompartiment eingekleideten Blatte, und Rauten hielt den Brief einen Moment wie nachdenkend in der Hand.

„Ich will Ihnen etwas sagen, Schaller,“ bemerkte er endlich, „ich werde den Brief selber an seine Adresse abgeben.“

Schaller sah ihn ruhig an. „Der Brief ist mir übergeben und ich habe es übernommen,“ sagte er ruhig; „es wäre mir sehr unangenehm, wenn...“

Rauten steckte den Brief ruhig in seine Tasche. „Haben Sie keine Sorge, Sie sind von aller Verantwortung frei, wenn Sie ihn mir übergeben haben, denn ich gehe jetzt mit zum Solberg'schen Hause, und ich gebe Ihnen mein Wort, Hans soll ihn bekommen.“

„Aber er würde ihn selber bekommen, wenn ich ihn jetzt durchhändere.“

„Denn — Sie denken aber trotzdem nicht daran, da Sie mich jetzt einmal auf mein Zimmer begleiten.“

Schaller sah ihn fragend an.

„Ja, aber Sie sind etwas unglücklich, und die Straße ist dafür nicht der geeignetste Platz. Kommen Sie, Schaller, wenn Sie mir ein wenig helfen, und am den Tag ist mir nichts geschehen.“

„Das gebe Gott!“ sagte der Baron mit einem aus seiner Brust gehenden Seufzer. „Zeit wird's, oder die Sache kommt mit mir ein ganz ungewöhnliches Ende. Dürren, der Tod, nicht ich eine Krone durch den Kopf und hat ein Vermögen von mindestens fünfzig bis hunderttausend Talern. Wenn jemand in diese hätte eine solche Vermögen zu bekommen, so wäre ich es; aber ich würde meiner Frau die

Freude nicht. Rausgerig bin ich übrigens, was Sie mir zu sagen haben.“

Die beiden Herren waren während des letzten Gesprächs immer immer neben einander hergeschritten und hatten Rautens Wohnung jetzt erreicht. Der Graf schloß sein Logis auf, warf seinen Hut auf das Sopha, schob Schaller eine Kiste Portwein-Zigaretten und das Feuerzeug zu, nahm dann aus seiner Tasche ein kleines, sehr feines Federmesser, warf sich in einen Stuhl, nahm den Brief für Hans von Solberg aus der Tasche und begann ohne Weiteres ihn an der unteren Seite des Akzents anzuschneiden.

„Rauten, sind Sie des Lesens?“ rief Schaller, von seinem Stuhl erheben sich anspitzend.

„Wahnsinn!“ sagte der Graf, ohne sich indes in seiner Arbeit stören zu lassen.

„Sie haben mir versprochen —“

„Doch Hans den Brief bekommen soll, gewiß, und das soll er auch, aber erst wollen wir einmal sehen, was er enthält, denn Dürren, wenn er auch nichts über mich wußte, hätte einen Verdacht gefaßt, und der konnte und werden verberlich werden.“

„Alle Tugend!“ rief Schaller jetzt wirklich erschreckt, „ist das wahr?“

„Ja, Sie sind sehr, was in dem Briefe steht; ich würde mich sehr wundern, wenn wir darin nicht die Bestätigung fänden.“

Er überließ die Zeilen mit dem Brief, und ein höhnisches Lächeln legte sich dabei um seine Lippen.

„Hans von Solberg soll den Brief groß bekommen“, sagte er, „aber erst vierzehn Tage nach meiner Verheiratung, und ich denke, es wird dann noch immer früh genug sein.“

„Und was schreibt Dürren?“

„Nicht viel. Die Hand ist auch nicht recht fest und ziemlich undeutlich. „Lieber Hans! Es ist der Gruß eines Leuten, den ich Dir sende. Frage mich, was mich zu dem Schritt getrieben. Die einzig Antwort, die ich Dir zu geben vermöchte, wäre: ich konnte und durfte nicht anders handeln. Aber ein Wort habe ich noch für Dich, beherzige es: ich mißtraue Rauten. Ich kann Dir keinen bestimmten Beweis gegen ihn liefern, aber ich halte ihn für keinen guten Menschen, Klagenbruch kennt meine Ansichten darüber; sprich mit ihm, und wenn Du bis zu der Verheiratung Deiner Schwester keine bestimmte Nachricht bekommst, so begleite — es ist meine letzte Bitte an Dich — Deinet, Deiner Schwester halben, Rauten bis auf seine Güter. Überzeuge Dich selber, wo und wie er lebt. Und nun leb' wohl! Meine Zeit ist gemessen. Es grüßt und küßt Dich zehntausendmal Dein armer Bernhard.““

„Nun?“ sagte Rauten, als er den Brief zu Ende gelesen, „hatte ich Recht?“

„Sie haben eine sehr gute Nase“, versicherte Schaller, der aber doch ein wenig verstört und unruhig schien; „der Brief in den Händen des jungen Solberg steht, konnte uns beiden einen Strich durch die Rechnung machen. Aber zum Dank auch, es waren Zeugen da, als ich ihn an mich nahm! Hätte ich den verdammten Wicht nur gleich so eingestrichelt, aber wer konnte davon eine Ahnung haben? Und Klagenbruch war ebenfalls dabei“, setzte er rasch hinzu — „das ist eine verteilte Geldscheide!“

„Sagen Sie mir einfach“, bemerkte Rauten ruhig, „daß Sie ihn mir zur Besorgung übergeben haben; das Uebrige werde ich schon machen.“

(Fortsetzung folgt.)